

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Eingetrag. in der Post-Belegungs-Verordnung für 1895 unter Nr. 7128.

# Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Periode über deren Raum so Vgl. für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen so Vgl. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Juli 1, Nr. 1208. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 22. März 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

#### Der Arbeiteranschluss in den englischen Schuhfabriken

— schreibt man uns unterm 19. März aus London — ist seit gestern allgemein durchgeführt. In den Zentren dieser Industrie, in Leicester, Northampton und London, sowie einer Reihe kleinerer, zwischen den erstgenannten gelegener Orte, feiern gegen 200 000 Arbeiter, theils ausgesperrte Fabrikarbeiter, theils durch den Anschluss in Mitleidenschaft gezogene Hilfs- u. Arbeiter.

Der Kampf trägt bis jetzt alle jene Erscheinungen zur Schau, welche neuerdings hier jeder Streit oder Anschluss annimmt, wo Arbeiter und Unternehmer über erprobte Organisationen verfügen. Es ist ähnlich wie mit den Kriegen von Land zu Land. Ehedem begann der Kampf mit gegenseitigen Insulten, die Leidenschaften waren schon im Anfang aufs höchste gespannt, es war als wolle der eine den andern austrotten. Heute geht dem Krieg ein diplomatischer Notenaustausch voraus, wo man sich mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt, die selbst dann noch nicht aufhört, wenn es zur Kriegserklärung kommt. Man zieht mit „Studium“, aber „ohne Zorn“ in den Krieg. Zudem das ist nur der Anfang. Später stellen sich doch jene Erscheinungen ein, die scheinbar zu den überwindlichen Dingen gehören. Es ist der Krieg selbst, der diese notwendigen Erfordernisse des Krieges ins Leben ruf.

Wenn also die Berichterstatter aus den Anschlussdistrikten melden, es herrsche in beiden Lagern „no bitterness of feeling“, so ist das auch nur so zu nehmen, daß die Formalitäten, wie es sich in einem Kampf von zivilisierter Macht zu zivilisierter Macht schickt, mit vollendeter Höflichkeit vollzogen werden. Die verantwortlichen Geschäftsträger erkennen einander an und behandeln sich so, als sei der Kampf eine Art unvermeidliches Naturereignis, dem man sich leider unterziehen müsse, das aber der Freundschaft keinen Abbruch thue. Darin aber laufen, in der Presse und in Versammlungen, die gegenseitigen Anklagen, den Streit verschuldet zu haben, und je länger sich der Anschluss hinzieht, um so mehr werden die bekannten Flüge sich einstellen, die der Krieg zu allen Zeiten getragen. Darüber darf die jetzt auf beiden Seiten zu Schau getragene Haltung nicht hinwegtäuschen.

Allerdings ist bei dem Kampf „kein Prinzip“ in Frage gestellt. Die Unternehmer erkennen die Organisation der Arbeiter an, und die Arbeiter beanspruchen nicht, die Lohnsätze selbständig zu bestimmen — sie kämpfen, nach ihrer eigenen Erklärung, „für Schiedssprüche“. Aber die Unternehmer erklären, die Arbeiter hätten durch Nichtanerkennung von Schiedsämtern, die sie selbst miternannt, deren Tätigkeit illusorisch gemacht und so sie — die Unternehmer — gezwungen; sich von denselben zurückzuziehen, und die Arbeiter ihrerseits können jetzt behaupten, daß es die Fabrikanten doch auf ihre Gewerkschaft abgesehen haben, angesichts der Thatsache, daß diese ihre Fabriken Arbeitern gegen einen Revers offen stellen, nach welchem der Unterzeichner sich verpflichtet, weder der Gewerkschaft beizutreten, noch die Ausständigen durch Beiträge zu unterstützen. Ähnlich in der Frage der Maschinerie. Die Arbeiter und ihre Vertreter erklären, sie hätten durchaus nichts gegen Einführung neuer Maschinen, sondern verlangten nur, daß durch diese ihre Löhne nicht reduziert würden; die Fabrikanten aber behaupten,

die Arbeiter stellten für Arbeit an oder mit neuen Maschinen Forderungen, die rein prohibitiv wirkten, es unmöglich machten, jene Maschinen einzustellen.

Es ist dem Augenstehenden nicht möglich, zu beurtheilen, wie weit die gegenseitigen Anklagen berechtigt sind. Es kommt auch schließlich nicht allzuviel darauf an. Schließlich ist es doch immer eine Nachfrage, um die es sich da handelt. Unsere natürliche Sympathie mit den Arbeitern braucht uns nicht blind dagegen zu machen, daß es im Gewerkschaftswesen Englands eine künstlerische Unterdrückung giebt im Sinne des konservativen Jungtages. Die Führer der Schuhmachergewerkschaft waren es, die auf dem letzten Trade Unionkongress die Resolution gegen die Einwanderung fremder Paupers durchsetzten, und wenn dieser Widerwille gegen eine Einwanderung von unterbietenen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt menschlich begreiflich ist, so ist ebenso begreiflich die Abneigung gegen neue Maschinen, die oft genug eben doch Arbeiter überflüssig machen.

Der nach Leicester entsandte Korrespondent des „Daily Chronicle“ giebt einige interessante Bilder über die rapiden Fortschritte der Maschinerie in der Schuhfabrikation. Hier eines davon. „Lasting“-Verleihen heißt das Befestigen der Sohle an das um den Leisten gelegte Obertheil des Schuhs. Ehedem war das eine ziemlich langweilige Arbeit, aber da kam der amerikanische Erfinder mit seiner Bostoner Lasting-Maschine, welche die Nieten oder Zweden eintreibt, sobald der Arbeiter das Leder in die richtige Position gezwängt. Dies ging jedoch zu langsam, und es rüdt ein anderer Erfinder an mit der „Jag-Lasting-Maschine“, die eine Reihe eiserner Zinger und Dämmen hat, welche das Leder über den Leisten zwingen und es so halten, während der Arbeiter die reihenweise auf Karten aufgestellten Messingwedeln mit einem Anlaßbische ähnlichen Mechanismus eintreibt. Doch auch dieser Prozeß geht dem Fabrikanten noch zu langsam, und so erscheint die „Consolidirte Lasting-Maschine“, die die Sohle und das Oberleder packt mit einem Schnabel, der dem eines Skalabur's tächerlich ähnlich sieht, das letztere über die erstere hält und dann ein Niet eintreibt, das sie von einer Spule starken Drahts selbst für diesen Zweck herstellt — alles das automatisch. Was das heißt, kann man aus einer zur Zeit im „Leicester Daily Mercury“ zwischen Alderman Lennard und einem Schuharbeiter geführten Polemik erfahren. Ein geübter Handverleiher mag 16 Duzend Paar Schuhe in der Woche verleißen. Die konsolidirte Maschine wird nach Alderman Lennard 150, nach dem mit ihm disputirenden Unionisten 110 bis 120 Duzend Paar Schuhe in derselben Zeit bewältigen“.

Soweit der Korrespondent. Der am Schluss erwähnte Streit bezieht sich zweifelsohne auf den Vorwurf der Arbeiter, daß die Fabrikanten bei neuen Maschinen die außerordentlich starken und geschickten Leute zuerst anstellen und nach deren Leistungen die Stücklöhne festsetzen. Im ganzen meint der Korrespondent, und führt dafür auch die Stimme des Leiters der großen Genossenschafts-Schuhfabrik in Leicester an, deren Arbeiter sämtlich der Gewerkschaft angehören, und in der natürlich nicht gestreift wird, daß eine Minderheit von zehn Prozent in den Reihen der Fabrikanten und ebenso der Arbeiter die Aussperrung herbeigeführt hätten. Die Masse sei auf beiden Seiten friedlich geimmt und würden mit einander auskommen, aber die Unversöhnlichen haben und drüben hätten immer wieder neuen Stoff des Habers vorgebracht und so die Dinge auf die Spitze getrieben.

Es ist nicht recht ersichtlich, wie organisierte Fachverbände von einer solchen Minorität sich sollen terrorisieren lassen, und der Versuch der Meister, eine Verbindung von Nichtunionisten herzustellen, steht mit dieser Auffassung ebenfalls ziemlich im Widerspruch. Er kann allerdings auch ein bloßer Schreckensschein sein oder eine den Arbeitern gestellte Falle. Wenn es nämlich wirklich gelänge, Streikbrecher für die Aussperrten anzuwerben und einzustellen, dann würden diese letzteren mit all ihrer Gesekesliebe bald „Fraktur“ zu reden beginnen. Stimmes Zuschauen ist nicht die Gewohnheit englischer Arbeiter. Das merken augenblicklich die Ausfahrer von Schuhwerk in der Umgebung der Konfliktzentren. Ein schließlich noch zu erwähnender Beschwerdepunkt der Arbeiter ist nämlich, daß die Fabrikanten gewisse Arbeiten zum Fertigmachen aufs Land hinauszugeben, an Handwerker und Hausarbeiter auf den Dörfern. Ganz abgesehen davon, wie die Frage schließlich entschieden wird, thun die Aussperrten ihr möglichstes, zu verhindern, daß während des Ausschlusses draußen für die Fabrikanten gearbeitet wird. Führer werden angehalten und ihre Wagen durchsucht, und Arbeiter schwärmen auf Fahrrädern auf die Dörfer, dort nach dem Rechten zu sehen. Einige Renkontres hat es schon abgesehen, aber das sind Dinge, von denen man hier kein besonderes Aufheben macht. Gegen Streikbrecher dagegen könnte es zu Zusammenrottungen im großen Stil kommen, und darum sieht die geschilderte Maßregel der Fabrikanten ziemlich verdächtig aus. Daß sie im Grunde sein werden, die Union der Arbeiter zu sprengen, können sich dieselben wirklich nicht einbilden.

Vorläufig haben übrigens die Nichtunionisten und die Organisationen der jüdischen Arbeiter mit der Gewerkschaft gemeinsame Sache gemacht und herrscht ein großer Enthusiasmus. Hoffen wir, daß er anhält.

Eine mit unserer Korrespondenz gleichzeitig eingetroffene Depesche aus London meldet das folgende:

„Labauchère hat vorgeschlagen, den Schuhmacherstreik dem Schiedssprüche eines einflussreichen Komitees zu unterbreiten.“

Eine weitere aus Leicester eingetroffene Depesche meldet:

„Die von dem Schuhmacherausschuss betroffenen Arbeiter veranstalteten heute Nachmittag eine große Kundgebung, indem etwa 10 000 bis 12 000 Mann sich auf dem Marktplatz versammelten und mit Bannern und Musik im Zuge durch die Stadt zogen.“

#### Der agrarische Staatsrath und der „Antrag Kanitz“.

Der „Antrag Kanitz“ ist nun endgültig todt. Wenn auch vielleicht nicht für die agrarische Agitation der Bauern vom Schlage der Kanitz, Kardorff, Mirbach u. c., so doch für die praktische Politik. — Bereits beim Zusammentreten des Staatsraths sagten wir voraus, daß diese Körperschaft mit mathematischer Sicherheit den „Antrag Kanitz“ ablehnen werde — denn der Kaiser und sonstige Regierungsleute hatten ihn ja unzweideutig abgelehnt. Und diese Voraussage ist nun eingetroffen. Der agrarische Staatsrath hat heute zum letzten Mal getagt, und der unten folgende Bericht zeigt, daß er den „Antrag Kanitz“ lang- und kluglos zu

#### Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

#### Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt südamerikanischer Geschichte.

Mochain brütete dumpf vor sich hin. In seinem Herzen stiegen die Erinnerungen an die düsteren Bilder auf, die dieser dunkle Kerker gesehen hatte, an die, die im Laufe der Jahre hier umgekommen waren... die Glenden und Unschuldigen mitsammt dem Verbrechern... und er sah vor seinen Augen das kleine Hänschen mit dem Loggarten und den rothen Blüten in ihm, und darin sein Weib und sein kleines Kind. Er schlug seine Hände vor das Gesicht und weinte bitterlich.

„Es taugt nichts dabei, wenn jemand Fran und Kind hat,“ sagte Juan Regunoga, „drum bin ich für mich froh, ich habe niemand mehr auf der Welt... wir werden sterben, ohne uns zur Wehr sehen zu können... wir werden sterben die letzten Paraguaner... und mit uns sinkt die letzte Hoffnung unseres Vaterlandes in die Grube... aber ich nehme eine Genugthuung mit mir mit... wir haben unser Vaterland gerächt und ich meinen Vater... Komme was da wolle...“

Gleichwohl ging der Tag und die Nacht vorüber, ohne daß etwas Besonderes vorfiel. Auch der nächste Tag verstrich wie gewöhnlich.

In der Nacht vom 28. zum 29. saßen in der Heiterloferne ein Haufen Soldaten mit zwei Lieutenants in einem kleinen Zimmer zusammen und tranken um die Wette Zuckerrohr-Braunwein. Es waren lauter verwogene Gesellen mit Salbengesichtern, die man heute ausgejucht hatte. Sie

solten um zwölf Uhr die Wache im Keller ablösen. Der erste Befehlshaber, ein Oberleutnant, ein untergeordneter Bandit mit dunkeltem Vollbart, nöthigte zu fortwährendem Trinken.

„Alerta nurchachos... seid wie die kleinen Kinder... es macht heiß heute... es ziehen Wolken am Himmel auf... es wird ein tüchtiges Gewitter abgehen... trinkt; der Conna ist gut, um die Hitze zu tödten...“ Er sah nach der Uhr.

„Bald Zeit, daß wir aufziehen... keine halbe Stunde fehlt... gewiß Jungens, es waren ganz verfluchte Hunde diese Gesellen... wie ich es Euch erzählt habe... zu allem fähig... Mir sagte heute noch der Oberst, daß sie die heilige Jungfrau in Caacupe angespien hätten... Sie verdienen es...“

„Und ist es auch gewiß,“ fragte ein langer, hagerer Bursche, „daß seine Erzelenz die Sache billig, Lieutenant... möchte mich nicht in ein Geschäft hineinziehen, zu dem am Ende der Patron fehlt... ist eine ganz absonderliche Sache...“

„Aber Du hörst es ja,“ fiel ihm der Unterleutnant in die Rede, „daß wir dazu höchste Ordre haben... wir beide nehmen übrigens die Sache auf uns... Ihr habt nur zu gehorchen... wir sind Eure Vorgesetzte...“

„Weiß schon, weiß schon...“ sagte der Hagerer, „weiß Ordre zu respektieren... obwohl es ein tolles Ding ist... nun meinethalben... es ist ja nicht das erste Mal... aber nehmt Euch in Acht, Lieutenant, wenn Ihr uns hintergeht... wir haben gute Freunde... und ich will nicht in Eurer Haut stecken hinterher, wenns mir am Ende an meinen Hals geht... habe übrigens manchen im ehrlichen Kampf umgebracht... beim Schnapsglas... oder um eine Dirne... war immer ehrlicher Kampf, man mag sagen, was man will... hatte jeder dabei sein gerechtes Messer, eine halbe Vara lang ohne den Stiel... habe auch nie um Geld gemordet, kann mir niemand nachsagen...“

hatte manchmal nur etwas heißes Blut, daß mir in die Fingerspitzen ging... geht heute Wehrlose abstecken, wie eine Heime, Sohn eines schlechten Frauenzimmers... gut, es sei so... pacioncia...“

„Damit leerte er ein großes Glas.“ „Es ist Zeit,“ sagte der erste Lieutenant, dem die Sache begann unbequem zu werden, „es ist in zwei Minuten zwölf Uhr...“

Der Oberst... rief der andere. In die offene Thür trat der Oberst Meza.

„Ich sehe Ihr zieht auf Wache, Bursche. Es sind einige dabei, die zum ersten Male aufziehen... Ihr wißt, daß das ein sehr verantwortlicher Posten ist; ganz besonders, wenn man im Gefängnis auf Wache steht. Es genügt mir, Euch noch einmal einzuschärfen, daß die erste Pflicht eines Soldaten und besonders eines auf Wache stehenden unverbrüchlicher Gehorsam gegen seinen Vorgesetzten ist, dem er in allem zu gehorchen hat. Sodann ganz besonders die Beobachtung der Vorschriften für die Obhut der Gefangenen... bei jedem Fluchtversuch, sei es wer es sei, ist sofort von der Waffe Gebrauch zu machen.“

„Wir danken für die Belehrung, Oberst,“ sagte der Lange, griff seinen Säbel von der Wand, prüfte behutsam die Schneide der Klinge, hakte ihn ein und warf seinen Karabiner über die Schulter. Die Soldaten entfernten sich. Hinter ihnen schloß sich das eiserne Thor, und der Oberst starrte einen Augenblick durch das Gitterfenster ihnen nach.

„Halt...“ rief wenige Minuten später die Wache vor dem Gefängnis, „wer da!“

„Lieutenant mit der Ablösungsmannschaft...“

„Nähert Euch, um erkannt zu werden...“ Der erste Lieutenant trat näher.

„Heiliger,“ fragte die Wache leise.

„Concepcion,“ antwortete dieser ebenso leise.

„Stimmt... öffnet...“ schrie er in's Thor des Gefängnisses.

Orabe getragen hat. Speziell verweisen wir die Leser auf die vom Staatsrath angenommene absolut ablehnende Resolution in dieser Frage, die von Eugen Richter auch nicht viel besser hätte gemacht werden können.

Interessant ist jetzt namentlich die Frage, was die Herren Agrarier nun eigentlich thun werden. Natürlich werden sie ihren Antrag noch im Reichstag einbringen, ebenso natürlich aber auch im Reichstag damit durchfallen. Werden sie sich nun bei diesen Ablehnungen durch Staatsrath und Reichstag beruhigen? Das ist nach aller bisherigen Erfahrung mit ihnen nicht anzunehmen. Werden sie, die „Königstreue bis in die Knochen“ sind, nun, da ihnen dies hinsichtlich des „Antrages Kanis“ nichts genügt hat, den Noth der Königstreue anzunehmen und wie er erklären, unter die Sozialdemokraten zu gehen? — Uns scheint, daß sich die ernsthaft zu nehmenden konservativen und agrarischen Politiker etwas zu stark für den „Antrag Kanis“ engagirt haben und daß es ihnen nun schwer werden wird, einen passablen, nicht allzu blamablen Rückzug zu finden. — Nun, diese Fragen werden ja durch die Ereignisse der nächsten Zeit beantwortet werden.

Der Bericht des „Reichs-Anzeigers“ über die gestrige und heutige Staatsraths-Verhandlung lautet folgendermaßen:

In der Sitzung des Staatsraths vom 20. d. M. wurden nach der Pause die Verhandlungen über Nr. V der Vorlage, „Maßnahmen auf dem Gebiete der Kreditorganisation“, fortgesetzt und durch Annahme der nachstehenden Beschlüsse erledigt:

1. Zur Befundung des Realkredits ist eine möglichst weit ausgedehnte Umwandlung lösbaren, nicht amortisierbaren und meist hochverzinslicher Privathypotheken in billigeren, unläslichen, mit Zwangsamortisation verbundenen Anstaltskredit ein dringendes Bedürfnis. Es ist zu diesem Zwecke eine anderweitige Regelung der Beleihungsgrenze für Landschaften und gleichwertige öffentliche Kreditanstalten unter Mitherausziehung des staatlichen Kredits in Erwägung zu ziehen, gleichzeitig aber auch, soweit dies noch erforderlich, der Kredit der Anstalten im allgemeinen und namentlich für den kleineren Grundbesitz zugänglicher zu machen.

2. Für die Förderung des Personalkredits ist die Bildung eines Landes-Kreditinstituts — etwa im Anschluß an die Seehandlung — wünschenswerth, durch welches die Verbände ländlicher Genossenschaften die zu ihrem Betriebe nöthigen Mittel unter Bedingungen erhalten können, welche ihrer Organisation entsprechen. Dieses Kreditinstitut würde auch anderen genossenschaftlichen Organisationen des Mittelstandes (namentlich des Handwerkerhandels) zugänglich zu machen sein.

3. Die Bildung eines staatlichen Meliorationsfonds ist in Erwägung zu ziehen.

4. Es ist zu erwägen, inwieweit die Förderung größerer Wirksamkeit des Gesetzes vom 13. Mai 1879 durch vermehrte Anstellung von Meliorationstechnikern und Uebernahme von Vorarbeiten zu erreichen sei.

In der Sitzung vom 21. d. M. wurde über einen aus den Beratungen der zu diesem Zwecke niedergesetzten Kommission herorgegangenen Schlussantrag zu I 1 der Vorlage, „Maßnahmen zur Hebung der Preise landwirthschaftlicher Produkte“, verhandelt.

Bei der Abstimmung über diese Position der Vorlage wurde der Antrag der Kommission in nachstehender Fassung angenommen:

Der Staatsrath erkennt die Nothlage der Landwirthschaft an. Die dadurch drohende Gefährdung des allgemeinen Staatsinteresses fordert mit Nothwendigkeit die Anwendung aller durchführbaren und zweckdienlichen Mittel zur Bekämpfung der Nothlage. Bei der Beantwortung der dem Staatsrath in diesem Sinne vorgelegten Fragen ist derselbe zu folgenden Ergebnissen gelangt:

1. Die in Nr. 1 der Vorlage für den Staatsrath aufgeführten Vorschläge (Antrag Kanis), welche eine unmittelbare Einflussnahme auf den Preis des Getreides durch Eingreifen des Staats in den Handel bezwecken, sind als unzulässig für die Erreichung des Ziels einer allgemeinen, gleichmäßigen Preis-

steigerung als zweifelhaft in ihrem Erfolge erkannt worden. Eine so weitgehende Aufgabe, wie sie dem Staat in den Vorschlägen geadacht wird, erscheint unvereinbar mit einer richtigen Auffassung der Stellung des heutigen Staats im Erwerbs- und Verkehrsleben. Der Staat kann nicht den Einkauf und Verkauf des Getreides mit der Verpflichtung, dabei das Bedürfnis der Bevölkerung zu bemessen und jederzeit und überall sicher zu stellen, übernehmen. Die Organe des Staates sind dazu nicht geeignet. Wenn damit noch der Auftrag verbunden ist, das wichtigste und allgemeinste Nahrungsmittel, namentlich der ärmeren Klassen, theurer zu verkaufen, als der Staat dasselbe in Händen hat, so muß hierin ein sozialpolitisch sehr bedenkliches Vorgehen gefunden werden. Die staatliche Leitung des Getreideverkehrs würde Ursache der größten Unzufriedenheit, gehässiger Verdächtigungen und dadurch schwerer Schädigung des staatlichen Lebens sein.

Es kommt hinzu, daß die Monopolisirung des Handels mit auswärtigem Getreide den Handel im allgemeinen, insbesondere den Exporthandel und dadurch auch die Industrie und ihre Arbeiter schädigen würde. Auch kann nicht von der Hand gewiesen werden, daß andere Erwerbszweige den Anspruch auf Eingreifen des Staats zur Sicherstellung von Preisen, welche den Produktionskosten entsprechen, beanspruchen könnten, wenn gleich anzuerkennen ist, daß die Bedeutung der Landwirthschaft für das Gemeinwohl nicht annähernd von einem der anderen Erwerbszweige erreicht wird.

Endlich sind die sämtlichen bezeichneten Vorschläge nicht in Uebereinstimmung zu bringen mit den bestehenden Handelsverträgen, da dieselben die in letzteren gewährte Verkehrsfreiheit ihrem Umfange nach mehr oder weniger direkt vertragswidrig beschränken würden. Eine Abänderung der Verträge würde ohne Gegenleistung nicht erreichbar, auch angesichts der vorstehend entwickelten grundsätzlichen Bedenken nicht erstrebenswerth sein.

II. Der Staatsrath glaubt, daß eine wesentliche Besserung durch solche Maßnahmen mit Erfolg anzubahnen sein wird, welche eine Verbilligung der Herovorbereitungskosten und Absatzkosten der landwirthschaftlichen Produkte, eine Verbilligung der für die Landwirthschaft nothwendigen Rohstoffe, Schutz der Zucker- und Branntweinproduktion, Förderung der Rentengutsbildung, Verbilligung und Besserung des Kredits zum Ziel haben; auch hält er eine Erhöhung der Währungsfrage für dienlich.

Demgemäß empfiehlt der Staatsrath:

1. Die gemischten Transitlager nebst ihrem Zollkredit auf solche Läger zu beschränken, welche dem Transitverkehr dienen und nicht für den Inlandsverkehr ausgenutzt werden;

2. durchgreifende Reform der Produktentbörse im Sinne thunlichster Beschränkung der den Produktenpreis beeinflussenden Spiel- und Spekulationsgeschäfte;

3. Unterhaltung der genossenschaftlichen Errichtung von Kornspeichern, um das Angebot der Produzenten zweckmäßiger zu gestalten;

4. Erhöhung einer Aenderung der Kredit- und der Ausbeuteverhältnisse der Mühlen in dem Sinne, daß die Begünstigung des Verkehrs von ausländischen Getreide vermieden und der Verkauf des inländischen Getreides nicht fernerhin benachtheiligt wird;

5. die Reform der Zucker- und Branntweinsteuer-Gesetzgebung auf den von der Staatsregierung in Aussicht genommenen Grundlagen zu beschleunigen;

6. die von dem Herrn Reichskanzler in Erwägung genommenen Verhandlungen hinsichtlich der Währungsverhältnisse zunächst abzuwarten;

7. zur Verbilligung der landwirthschaftlichen Produktion eine möglichst niedrige Gestaltung der Eisenbahntarife für Roh- und Hilfsstoffe wie für landwirthschaftliche Erzeugnisse, die Erhöhung der Einfuhr von Tarifen auf der Grundlage einer fallenden Skala unter Berücksichtigung etwa entgegenstehender, berechtigter lokaler Interessen,

die Erzeugung einer außergewöhnlichen Ermäßigung für bestimmte Artikel auf weitere Entfernungen in jedem einzelnen Falle,

endlich die baldige Einführung der bereits in den Eisenbahndirektions-Bezirken von Breslau, Bromberg und Berlin

„So und nun fort mit Euch anderen...“ rief der Lieutenant... „marsch, Ihr Hunde, das Thor steht offen, und laßt Euch nicht wieder sehen...“

Die ätzenden Ueberlebenden sprangen wie schones Wild heraus, liefen zum Thor und verschwand im Dunkel der Nacht. Die Soldaten stießen auch die Thür der zweiten Zelle ein. Mittlerweile erlöschte das Licht in der Laterne unter einem heftigen Windstoß. Die Lichter in der Wache waren schon längst ausgeweht. Man suchte in den Taschen nach Zündhölzchen und zündete nach langem Warten von neuem die Laterne an.

„Das wäre geschehen...“ sagte der Lieutenant kaltblütig, „seid brave Burche... sollt bald avanciren... aber ich erinnere mich, daß der Advokat eine goldene Uhr bei sich hatte... es wäre schade darum, wenn die ein anderer bekommen sollte.“

Man drang noch einmal in die erste Zelle, fand bei dem Leichnam des Advokaten eine goldene Uhr, einen goldenen Federhalter und ebensolche Manschettenknöpfe, die in der Tasche des Lieutenants verschwanden.

„Gottes Tod...“ rief er da auf einmal erschreckt, „es fehlt eine Leiche...“

Man suchte in der Zelle, draußen auf dem Hofe. Es fehlte Juan Regunega. Er war nirgends zu finden, wie sehr der Lieutenant weinete und suchte. Was man kaum für glaublich halten sollte, war wirklich geschehen. Es war Juan Regunega, obwohl er schwer verwundet war, gelungen zu entfliehen. Als die Mörder in der anderen Zelle beschäftigt waren, und der Wind ihre Laterne auslöschte, kroch er auf Händen und Füßen in der Dunkelheit heraus, die häufigen Donnerschläge und der strömende Regen überdeckten das Geräusch seiner Fesseln; das Wachtzimmer, das dicht an der Zelle war, war leer. Er kroch ungestört hindurch, ließ sich von der Schwelle auf die Straße fallen, kam draußen auf die Füße und tappte sich an der einen Länglette des Gebäudes entlang, bis er an das jah abstrahlende Steufler gelangte. Hier ließ er sich auf Tod und Leben zwanzig Meter hinterfallen. Das Wachtzimmer glückte. Die Büsche, die den Abhang bedeckten, und der vom Regen aufgeweichte Boden milderten seinen Fall; er kam halbtot unten an, hatte aber noch die Kraft weiterzukriechen und sich am Rande des Flusses in einem Gebüsch zu verstecken. Am anderen Morgen in aller Frühe fand ihn ein mitleidiger portugiesischer Fischer, der in der Nacht auf Fischen ausgefahren war. Er erbarmte sich seiner, schleppte ihn auf seinen Kahn, und brachte ihn zu seiner Hütte, wo er ihn verborgen hielt, bis seine Wunden geheilt waren. Dann schaffte er ihn nach der Indiuersseite, dem Chaco, hinüber.

(Fortsetzung folgt.)

geltenden Staffellarise für Viehförderung auch für alle anderen Landestheile;

8. Begründung leistungsfähiger Landgemeinden bei Ausführung der Gesetze über die Bildung von Rentengütern und zu diesem Behufe staatliche Unterstützung der letzteren unter Ausdehnung dieser auf Arbeiterstellen;

9. belufts Besserung des landwirthschaftlichen Realkredits eine möglichst ausgedehnte Umwandlung lösbaren, nicht amortisierbaren und hoch verzinslicher Privathypotheken in billigeren, unläslichen, mit Zwangsamortisation verbundenen Anstaltskredit und zu diesem Zwecke eine anderweitige Regelung der Beleihungsgrenze für Landschaften und gleichwertige öffentliche Kreditanstalten unter Mitherausziehung des staatlichen Kredits in Erwägung zu ziehen und den Kredit dieser Anstalten auch für den kleineren Grundbesitz möglichst zugänglich zu machen;

10. die Bildung eines Landes-Kreditinstituts im Anschluß an die Seehandlung zur Förderung des Genossenschaftskredits;

11. die Bildung eines staatlichen Meliorationsfonds in Erwägung zu ziehen und die Ausführung von Meliorationsarbeiten zu erleichtern.

Bemerkungen. Zur Erläuterung der Punkte 3 bis 11 wird auf die vom Staatsrath gefaßten ausführlicheren Einzelbeschlüsse verwiesen.

Darauf schloß der Kaiser die Verhandlungen mit folgender Ansprache:

Meine Herren!

Nach achtjähriger angestrengter Berathung sind Sie nunmehr an den Schluß Ihrer Verhandlungen gelangt. Wenn auch das Ergebnis derselben hochgespannte Erwartungen vielleicht nicht überall befriedigen mag, so ist es doch für die Aufgabe meiner Regierung, alle wirksamen Mittel anzuwenden, um der Nothlage der Landwirthschaft Hilfe zu bringen, von hoher Bedeutung, daß auf diesem Gebiete durch Ihre Verhandlungen die Grenzen des Erreichbaren klarer erkennbar geworden sind. Die erschöpfende Erörterung der allseitig anerkannten Nothlage der Landwirthschaft, ihrer Ursachen, ihres Umfanges und ihrer Folgen, sowie die sorgfältige Prüfung aller Mittel, welche bisher in der Öffentlichkeit oder im Laufe ihrer Beratungen für die Abhilfe in Frage gekommen sind, bilden eine werthvolle Unterlage für die weiteren Entscheidungen meiner Regierung. Die Sachkunde und die praktischen Erfahrungen, welche in Ihrer Mitte vertreten und bei Ihren Beratungen zum Ausdruck gekommen sind, geben mir die besondere Gewähr, daß die Vorschläge, welche das Ergebnis Ihrer Verhandlungen sind, sich auch bei den weiteren Erörterungen seitens meiner Regierung zweckentsprechend und durchführbar erweisen werden. Solche Mittel aber, deren Anwendung auch von Ihnen als ungeeignet für die Erreichung des Zweckes, als praktisch nicht ausführbar oder als gefährlich für die Erhaltung der staatlichen und wirthschaftlichen Ordnung erkannt und widerathen sind, wird meine Regierung um so unbedenklicher aus dem Kreise ihrer Erwägungen ausscheiden können. Es ist meine Absicht, die weiteren Entschlüsse unverweilt herbeizuführen.

Zum Schluß erlaube ich Sie, meine Herren, an Ihrem Theil dafür zu sorgen und in den Ihnen zugänglichen Kreisen des Landes die Auffassung zu verbreiten, daß, wenn künftig ähnliche Fragen, wie gegenwärtig die Nothlage der Landwirthschaft und die Mittel zu ihrer Abhilfe, auch auf anderen Gebieten die Gemüther erregen, zunächst meine Regierung angegangen werde, um das zur schleunigen Abhilfe geeignete zu veranlassen. Es ist meine Absicht, in solchen Fällen unverzüglich selbst in die Erwägung der erforderlichen Maßnahmen einzutreten und nöthigenfalls den Staatsrath zur Berathung derselben zu berufen.

Ich schreibe nunmehr die Verhandlungen und sage Ihnen allen, meine Herren, meinen königlichen Dank! —

## Politische Uebersicht.

Berlin, 21. März.

Aus dem Reichstage. Die zweite Lesung des Etats schritt heute ohne besonderen Zwischenfall vorwärts. Nur beim Etat der Reichs-Justizverwaltung benützte der Staatssekretär des Reichs-Justizamtes, v. Nierberding, die Gelegenheit zu der Mittheilung, daß der Entwurf für das Reichs-Zivilgesetzbuch im Herbst dieses Jahres fertig sein wird, jedoch der Reichstag im nächsten Jahre in der Lage sein wird, sich über dieses Werk zu äußern. Auch sonst stellte der Reichs-Justizminister noch eine ganze Reihe von Aenderungen auf dem Gebiete des Zivilrechts in Aussicht.

Im Hause stieß diese hoffnungsvolle Zuversicht auf die Fruchtbarkeit unserer Rechtsgesetzgebung auf starke Zweifel, und der Abgeordnete v. Strombeck (3.) ließ diesen Zweifeln Worte.

Dem Etat des Reichs-Eisenbahnamtes brachte unser Genosse Stolle die Frage der Tarifreform, die theilweise Ueberbürdung der unteren Eisenbahnbeamten und andere Mißstände beim Eisenbahnwesen zur Sprache.

Der Regierungsvertreter ging auf die eigentlichen Beschwerdepunkte gar nicht ein, sondern begnügte sich mit Konstatirung der freilich nicht bestrittenen Thatfache, daß auch im Eisenbahnwesen im Laufe der letzten Jahrzehnte sich manches geändert habe.

Der Abg. Pachnide (fr. Bg.) unterstützte die Anregungen Stolle's in bezug auf die Tarifreform und verlangte, daß Proben mit dem Zonentarif angestellt werden.

Morgen steht Fortsetzung der Etatsberathung auf der Tagesordnung. Die heute als zweiter Punkt angelegten Wahlprüfungen sind vertagt.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen wegen Abänderung des Gesetzes vom 24. Juli 1889, betreffend Grundbesitz, Hypothekensachen und Notariatsgebühren, und des Gesetzes vom 22. Juni 1891, betreffend die Einrichtung von Grundbüchern, zugestimmt, ebenso dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen der in die Geburtsregister einzutragenden Vornamen. Dem Gesetzentwurf wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1895/96 wurde in der Sitzung der Beschlüsse des Landesauschusses die Zustimmung ertheilt.

Gegen die Umsturzvorlage. Der Hamburg-Altonaer Journalisten- und Schriftsteller-Verein hat unter dem 16. März die nachstehende Eingabe an den Reichstag gerichtet, die auch dem Reichskanzler zur Kenntniß gebracht worden ist:

Hocher Reichstag!

Der Gesetzentwurf betr. Aenderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches, des Militär-Strafgesetzbuches und des Gesetzes über die Presse enthält Bestimmungen, die das Gebiet der Wissenschaft, der Literatur und des Zeitungswesens betreffen.

Würden diese Vorschläge, auf die namentlich die Verhandlungen in der Kommission ein scharfes Licht geworfen haben, Gesetzeskraft erlangen, so würden der freien Forschung, dem Recht freimüthiger Meinungsäußerung in Wort und Schrift, der Bewegungsfreiheit der Zeitungen und Zeitschriften und damit dem Pressegewerbe und dem Buchhandel ernstliche Gefahren erwachen. Um so mehr müssen wir diese Besorgnisse hegen, als die betr. Bestimmungen unklar gefaßt und dehnbarer Natur sind, sodas dem subjektiven Ermessen der Gerichte und der Willkür der Polizei ein weiter Spielraum geschaffen wird.

Zu der Freiheit der Forschung und Lehre, in dem offenen Urtheil über Einrichtungen des

„Ist jast der Name von Frau Gill, geborene Bedona, brumnte der Lieutenant, indem er einzog, und die abgelöste Mannschaft wieder nach ihrer Kaserne rüchte. „Was habt Ihr hier zu suchen“, fuhr er dann den alten Meiden an, der zwischen der Wachmannschaft stand und eine Laterne in der Hand trug, „scheert Euch zu Bett... in der Nacht habe ich den Befehl...“

„Nichts für unget, Lieutenant“, sagte der Alte. „Es wird ein schweres Gemitter kommen... es ist möglich, daß der Wind Eure Talglichter ausbläst... bringe Euch deswegen diese Laterne... eine Laterne ist für alle Verrichtungen viel besser als ein Licht...“

„Wo liegen die Mörder Gills?“

„In der ersten Zelle, dicht an...“

„Und die abgehauenen Mörder?“

„In der darauß folgenden.“

„Es ist gut... nun scheert Euch aber hinein und laßt nichts von Euch hören mehr...“

Der Alte ging. Fünf Soldaten bezogen die Wache im Hofe. Die übrigen blieben im Wachraum, setzten sich auf die Bänke und stützten sich auf ihre schweren Säbel. Nach kurzer Zeit brach ein heftiges Gemitter los.

„Es ist ein Uhr und Zeit“, sagte der Lieutenant, „alerta nachachos; aber öffnet zuvor das Thor des Gefängnisses.“

Er ergriff seinen Schlüsselbund und trat mit den Soldaten auf den Hof an die Zellen. Der Unterlieutenant leuchtete mit der Laterne. Die Thür öffnete sich und die Mörder drängten sich hinein. Die Gefangenen lagen im tiefen Schlafe. Der Advokat auf einem Spambrett, die übrigen auf der Erde. Keiner hatte gemerkt, daß man bei ihnen öffnete.

„Auf sie...“ kommandirte der Lieutenant mit lauter Stimme. Im selben Augenblick und unter einem lauten dröhnenden Donner erwachten die Schlafenden und hatten im Nu begriffen. Mollas gelang es trotz seiner Fußfesseln sofort auf die Füße zu springen. Er kreuzte ohne ein Wort zu sagen die Arme über die Brust und stürzte im nächsten Augenblick zu Tode getroffen zusammen.

„Schont uns... mein Weib...“, schrie der Advokat, der im Bett sich aufgerichtet hatte.

„Kein Pardon...“ und die ganze Menge stürzte sich auf ihn. Er sank in seinem Bette in sein Blut. Die übrigen erlitten dasselbe Schicksal.

„Jetzt der Thür einige Stöße mit dem Kolben...“

Auch das geschah.

„Und nun die andere Zelle... schlägt ein paar Beliebiges todt...“

Man öffnete die zweite Zelle, in der ein Duzend Mörder waren. Diese schauten erschreckt auf. Aber ehe sie zur Besinnung kamen, fiel die Hälfte von ihnen unter den Säbeln der Soldaten.

Staates und der Gesellschaft, in dem freien Bekennen der Ueberzeugung erblicken wir eine der Bürgschaften einer gedeihlichen Entwicklung unserer Zustände. Wie auf sozialem Gebiete, so ist auch auf dem literarischen eine Verklärung und Aufhebung dieser Rechte ein Gewaltmittel, das in geistigen Kämpfen keine Stätte finden darf. Auch würden durch Maßnahmen, wie sie der Gesehentwurf enthält, Schriftsteller und Journalisten, sowie zahlreiche Erwerbskreise des Buchhandels und Zeitungswesens in ihrem Verufe materiell schwere Schädigungen erfahren.

Aus diesen Erwägungen hat der Journalisten- und Schriftsteller-Verein in Hamburg in seiner heutigen Hauptversammlung beschlossen, an den hohen Reichstag die Bitte zu richten: dem Gesehentwurf die Zustimmung zu verweigern.

In der Frankfurter Bürgerchaft werden Unterschriften für die folgende Petition gesammelt:

Je näher die Entscheidung über die sogen. Umsturzvorlage rückt, desto dringender erscheint es geboten, daß die weitesten Kreise des deutschen Volkes zu dieser einschneidenden Gesehsvorlage öffentliche Stellung nehmen. Deshalb fühlen sich auch die unterzeichneten Einwohner von Frankfurt a. M., welche den verschiedensten Berufsständen und Gesellschaftskreisen und ebenso den verschiedensten politischen Richtungen und religiösen Bekenntnissen angehören, zu folgender Erklärung verpflichtet: Wir sind überzeugt, daß in Frankfurt a. M. über die sogen. Umsturzvorlage nur eine einzige Meinung herrscht, und zwar die, daß es ein verhängnisvoller Rückschritt in unserer Kultur- und geistigen Entwicklung und geradezu ein nationales Unglück wäre, wenn dieselbe zum Gesetz erhoben würde. Die Annahme dieser Vorlage würde die Klassengegenstände in Deutschland neuerdings verschärfen, während die dringendste soziale Aufgabe der Gegenwart sein sollte, dieselben zu vermindern. Die Annahme der Vorlage würde dem schon in weiten Kreisen des deutschen Volkes herrschenden Geiste der Unzufriedenheit neue Nahrung zuführen, die Gefahr geschwinder Bestrebungen gegen die Staatsordnung eher vergrößern, als besänftigen und zu verwerflichen Ausschreitungen, welche seit Aufhebung der Ausnahmeverfassung sich unabweisbar vermehrt haben, neuen Anreiz gewähren. Sie würde Kunst und Wissenschaft, deren hohe Blüthe den Ruhm und Stolz Deutschlands bilden, hemmen und lähmen, die Freiheit der öffentlichen Diskussion geradezu vernichten, und selbst jede unabhängige Kritik unserer öffentlichen Verhältnisse unmöglich machen. Sie würde endlich gerade diejenigen Interessen, deren Schutz sie herbeiführen will, insbesondere Religion und Moral, geradezu gefährden, weil diese durch polizeiliche Maßregeln weder geschützt werden können, noch auch wollen. Wir können daher in dieser Umsturzvorlage nur eine schwere Gefahr für das gesamte geistige Leben in Deutschland, für Freiheit und Ordnung in unserem Vaterlande erblicken. Aufrichtiger und besonnener Fortschritt in der sozialen Gesehgebung erscheint uns zur Besserung unserer Zustände als ein bei weitem fruchtbringenderes Mittel, wie Polizeimaßregeln und Straßparagrafen. Aus allen diesen Erwägungen bitten wir den deutschen Reichstag, die sogen. Umsturzvorlage in allen ihren Theilen abzulehnen.

**Ueber die Arbeiten der Umsturzkommission** leitet heute die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Neues bringt sie nicht bei. Ist doch auch das Bekenntnis der schönen Seele, daß ihr die Thätigkeit der Polizei noch immer lieber ist als die Rechtsprechung durch Gerichte, nicht neu.

**Es geht auch ohne Umsturzgesetz!** Eine Privatdepesche aus Breslau meldet:

Die „Volkswacht“ wurde wegen des angeblich eine Majestätsbeleidigung enthaltenden Leitartikels konfisziert.

**Das Vereins- und Versammlungsrecht.** Wie das „Leipziger Tageblatt“ berichtet hatte, sollte sich das preussische Staatsministerium am Montag mit einer Vorlage an den preussischen Landtag betr. ein neues Vereins- und Versammlungsgesetz beschäftigen haben. Auch Herr Nieberding sollte zugegen gewesen sein.

Die Köllersche „Korrespondenz“, die nach und nach Uebung im Dementiren bekommt, schreibt jedoch in ihrer letzten Nummer:

Die Nachricht des „Leipziger Tageblattes“, in der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums sei eine Novelle zum Vereins- und Versammlungsgesetz beraten worden, beruht auf Erfindung.

Nun, es wäre ja möglich, daß die Nachricht auf Erfindung beruht. Vielleicht beruht sie aber auch nur auf einem Mißverständnis, vielleicht auf einer nicht ganz korrekten Wiedergabe eines tatsächlichen Vorganges. — Ist nur erst die Umsturzvorlage angenommen, dann wird auch auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts in Deutschland sehr fleißig gearbeitet werden.

Als Muster, in welcher Richtung sich diese Reorganisation bewegen und wie auch sonst das öffentliche Leben geregelt werden dürfte, drucken wir nachstehend mehrere Paragraphen einer Verordnung des Generals Wrangel ab, die aus der ärgsten Reaktionszeit Preussens stammt und deren Wiedergabe angeht die Umsturzvorlage und zumal in diesen erinnerungsreichen Märztagen sehr angebracht ist. Die ersten fünf Paragraphen dieser Verordnung lauten:

In Verfolg des Erlasses des kaiserlichen Staatsministeriums vom heutigen Tage (12. November 1848), wodurch die Stadt Berlin und ihr unmittelbarer Umkreis in Belagerungszustand versetzt worden ist, verordne ich hiermit:

1. Alle Klubs und Vereine zu politischen Zwecken sind geschlossen.
2. Bei Tage darf keine Versammlung von mehr als 20 Personen, bei Nacht keine von mehr als 10 Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen stattfinden.
3. Alle Wirthshäuser sind um 10 Uhr abends zu schließen.
4. Plakate, Zeitungen und andere Schriften dürfen nur dann gedruckt, öffentlich verkauft, oder durch Ausschlag verbreitet werden, nachdem das hiesige Polizeipräsidium die Erlaubnis dazu erteilt hat.
5. Alle Fremde, welche sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthaltes nicht gehörig legitimiren können, haben bei Vermeidung der Verhaftung binnen 24 Stunden die Stadt und deren Gebiet zu verlassen. &c. &c.

Das war doch noch eine schöne Zeit. Nicht wahr, Herr v. Köller? Nicht wahr, Herr Nieberding? — Nun, nur Geduld. Ist erst die Umsturzvorlage angenommen, dann wird auch das Vereins- und Versammlungsrecht wieder auf die Wrangel'sche Höhe zurückverhoben. Und wenn dann die Zeitungen davon berichten, — notabene, wenn das Polizeipräsidium das Berichten erlaubt — dann braucht es die Köllersche „Korrespondenz“ nicht mehr zu dementiren.

**Fabrikantendank.** 400 industrielle Firmen Rheinlands-Wesfalens haben dem König Stimm ihre Anerkennung in einer Adresse folgenden Wortlauts ausgedrückt:

„Wir, Hochwohlgebornen sprechen die ergebenst Unterzeichneten für das kräftige und erfolgreiche Auftreten in der Reichstags-Sitzung vom 9. Januar d. J. gegen die sozialdemokratischen und sozialistischen Bestrebungen und für die Erweiterung der Machtmittel des Staates im Kampfe gegen dieselben ihren wärmsten Dank aus und bitten Sie, trotz aller gegnerischen Angriffe im Interesse unserer vaterländischen Industrie in diesem Kampfe weiter muthig auszuhalten.“

Die Ausgebauten sind natürlich auch hier anderer Meinung.

**Ein Wunder** scheint es, daß die Nationalliberalen für eine so echt demokratische Forderung gleich der Proportionalwahl eintreten, wie dies in Baden der Fall war und jetzt auch in Württemberg der Fall ist und sogar gegenwärtig in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ geschieht. Wie aber alle Wunder eine sehr natürliche Erklärung haben, so auch dieses. Wenn wir die Wahlstatistik von 1893 betrachten, so finden wir, daß die Nationalliberalen im Verhältnis weniger Sitze haben, als zum Beispiel das Zentrum, und daß sie, ähnlich, wenn auch nicht in gleichem Maße, wie die Sozialdemokraten, durch eine Vertretung nach der Kopfzahl gewinnen würden. Unter dem heutigen Wahlssystem leiden am meisten solche Parteien, deren Anhänger über das ganze Land zerstreut sind, während solche Parteien, die wie das Zentrum in einzelnen Gegenden sehr stark vertreten sind, den meisten Vortheil haben. Eine über das ganze Land zerstreute Partei kann Hunderttausende von Anhängern haben, ohne in einem einzigen Wahlkreis die Mehrheit zu besitzen; und umgekehrt kann eine Partei, die nur eine beschränkte lokale Verbreitung hat, vergleichsweise viele Wahlkreise erobern. Eine aufstrebende Partei, wie die Sozialdemokratie, die überall in Deutschland Vertreter hat, muß schwer unter dem jetzigen Wahlssystem leiden; und das gleiche gilt von einer absterbenden Partei, die früher über das ganze Land verbreitet war und überall Gegner hat, die ihr das Terrain abgeminnen. Nach dem herrschenden System wird eine derartige Partei verhältnismäßig schlecht vertreten. Und eine solche absterbende Partei ist die national-liberale.

So erklärt es sich, daß die Nationalliberalen in diesem Punkte mit den Sozialdemokraten übereinstimmen. Die Extreme berühren sich. Ein Kadaver stößt zufällig an einen lebendigen Körper.

**Ueber das neue Börsengesetz** berichtet die „Berliner Korrespondenz“ folgendermaßen:

Der Entwurf eines Börsengesetzes wird nunmehr dem Bundesrath zugehen. Es beruht im wesentlichen überall auf den Vorschlägen der Börsenregulirungs-Kommission, welche aus dem Bestreben hervorgegangen sind, die Beseitigung der im Börsenverkehr zu Tage tretenden Unzulänglichkeiten herbeizuführen, ohne in die berechtigten Funktionen der Börse einzugreifen. Nur in einigen Punkten hat die wiederholte Sichtung des in der Enquete gesammelten Materials zu einer Einschränkung oder zur weiteren Ausdehnung der von der Kommission formulirten Bestimmungen geführt. — Die mehrseitig verbreitete Nachricht, daß der Entwurf in betreff der Hauptsicht des Emittenten für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Profites über die Vorschläge der Enquete-Kommission hinausgehe, trifft nicht zu.

**Fuchsmühl.** Die Fuchsmühl-Militäraktion auf arme Bauern, die sich das ihnen widerrechtlich vorerhaltene Holz aus dem Walde holen wollten, wird noch einmal die Gerichte beschäftigen, nachdem die Redakteure, die den Fall in Artikeln behandelt hatten, bereits zum größten Theil bestraft sind. — Die „Amberger Volksztg.“ erzählt, daß gegen sämtliche 154 in der Fuchsmühl Angelegenheit unter Anklage Gestellten das Hauptverfahren vor dem Landgericht in Weiden eröffnet worden ist. Die Hauptverhandlung beginnt am Dienstag, den 23. April, und wird voraussichtlich mehrere Tage dauern.

**Für die Erziehung zum Reichstage in Weimar** ist, der „Freisinnigen Zeitung“ zufolge, von der Freisinnigen Volkspartei der Oberbürgermeister von Danzig, Dr. Baumbach, aufgestellt worden. Ob damit die aus dem Wahlkreise gemeldete Kandidatur Garmening beseitigt ist, muß abgewartet werden.

„**Heraus aus dem Busche!**“ ruft uns die „Deutsche Tages-Zeitung“, das Organ für den Bund der Landwirthe und den Pastor Jeschke, in bezug auf den ihr gemachten Vorwurf der Lüge zu. Das würdige Blatt behauptete unter anderem, der Wahrheit ins Gesicht schlagend, daß zahlreiche sozialdemokratische Abgeordnete aus freisinnigen Krüden in den Reichstag gezogen sind. Thatsächlich sind die Freisinnigen fast nie dem Wunsche ihrer Führer gefolgt und haben die ärgsten Reaktionen den sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten vorgezogen. Wir sind hieraus stolz; die „Deutsche Tages-Zeitung“ freut sich, im Gegentheile zu uns, wenn einer ihrer Kandidaten durch die schmachlichsten Wahlpraktiken und die unnatürlichsten Bündnisse ein Mandat für den Reichstag erlangt.

**Die Thronfolge in Lippe-Deimold** ist die neueste staatsrechtliche Frage, die die deutsche bürgerliche Presse erörtert. Der Thronfolger von Lippe-Deimold ist geisteskrank. Die Regentschaft für denselben soll der zur Thronfolge nach demselben berechtigten antreten. Es wird nun gestritten, wer jetzt Kronprinz von Lippe-Deimold ist. Der Bundesrath dürfte über diesen Streitfall zu entscheiden haben. Thatsächlich hat der Schwager des Kaisers, Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe, die Regentschaft angetreten.

**Die politische Lage in Spanien** ist unverändert, wenigstens bringen Nachrichten zur sehr spärlich in die Öffentlichkeit. Gomez, Maura, Canalsos &c. erklärten nach einem Wolff'schen Telegramm, sie würden die Uebernahme eines Portefeuilles ablehnen, wenn Sagasta mit der Umbildung des Kabinetts betraut würde, denn die Liberalen könnten sich nicht dazu verstehen, die Pressevergehen durch die Kriegsgerichte aburtheilen zu lassen. Sagasta soll sich weigern, die Gewalt zu übernehmen, wenn dieselbe aus der Uebernahme bestimmter Bedingungen geknüpft würde. Seitens der Gerichtsbehörde wurden bei drei Zeitungskorrespondenten, welche Madrid verlassen haben, Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Die thatsächliche Macht scheint noch immer der Marschall Martinez Campos in der Hand zu haben. Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß sich die Politiker scheuen, in die Regierung einzutreten, die sie doch nur dem Namen nach führen würden, während ein alter General die thatsächliche Gewalt besäße. — In Spanien ist gegenwärtig der Idealquand unserer deutschen Röhler, Bogulawski &c. verwickelt.

**Cuba.** Die Aufständischen werden vom Süden der Vereinigten Staaten aus lebhaft unterstützt. Sowohl Freischaaeren als Kriegsmunition und Waffen werden in amerikanischen Schiffen auf die Insel geschafft; und zwar muß dies in sehr großem Umfange geschehen, denn kein Tag vergeht, ohne daß von der Anfuhrung eines amerikanischen Schiffes durch spanische Kreuzer Meldung geschieht. Heute soll wieder ein

amerikanisches Schiff in Grund geschossen worden sein. Dabei sind, wie die „Woffische Zeitung“ weist hervorhebt, die Spanier in ihrem Rechte. Allein in der Politik muß hinter dem Rechte die Macht stehen, und — schließlich giebt es auch noch ein anderes Recht als das geschriebene. Die Vereinigten Staaten verdanken ihre Existenz einer Rebellion — warum soll das Volk der Vereinigten Staaten nicht mit Rebellen sympathisiren? Und diese Sympathien werden sich um so kräftiger äußern, je mehr sie durch spanische Kanonen gekübelt werden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien sollen wegen der geschilderten Zwischenfälle in den nächsten Tagen abgebrochen werden.

**Die Rebellion in Peru.** Nach einem Telegramm aus Barranco wurde nach dem Kampfe in Lima vom Dienstag ein Waffenstillstand vereinbart. Es heißt, daß durch die Vermittelung der fremden Gesandten eine provisorische Regierung gebildet wurde.

**Zum japanisch-chinesischen Krieg** wird aus Schimonoseki berichtet, daß die Friedensunterhandlungen dort am 21. d. M. begonnen haben. Der chinesische Unterhändler Li Hungtschang hat in einem Gebäude an der Küste Wohnung genommen.

Daß bei diesen Unterhandlungen Japan die Bedingungen diktiert wird, ist außer Frage; denn die Feindseligkeiten sind nicht eingestellt worden und die Japaner fahren fort, Erfolge über die Chinesen zu erzielen. So wird heute wieder vom Kriegsschauplatz gemeldet, daß die Japaner Tamsui auf Formosa blockirt haben. — Wie fernher aus Shanghai vom 19. d. M. gemeldet wird, berichten chinesische Pionier, sie seien 12 Meilen östlich von Ninkju einer vorgeschobenen Abteilung japanischer Truppen begegnet. General Linlungt beabsichtigte am Tschafusse Widerstand zu leisten.

## Kommunales.

**Stadtverordneten-Versammlung.**

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 21. März 1895, nachm. 5 Uhr.

Der Stadtv. Fürst ist verstorben. Sein Andenken ehrt die Versammlung in der üblichen Weise.

Der Stadtv. Fentig hat das Mandat niedergelegt. Damit scheidet der einzige noch vorhandene Vertreter der antisemitischen „Bürgerpartei“ aus dem rothen Hause. In seinem Anschreiben erklärt Herr Fentig, es sei ihm unmöglich in einer Versammlung zu bleiben, wo unter dem Beifall der Mehrzahl die Pflichttreue eines Kollegen und der Ruf einer Anstalt, an der er unterrichte, in unerhörter und unberechtigter Weise verächtigt werde, und in welcher ein Geist maßgebend ist, der dem großen Staatsmann, dem Fürsten Bismarck, dem Ehrenbürger Berlins, Dankbarkeit und Ehrerbietung verweigert. (M! und Gelächter.)

Der neugewählte Stadtrath Wilde, bisher Mitglied des Magistrats der Stadt Bromberg, wird von dem Oberbürgermeister Zelle in sein Amt eingeführt und auch vom Vorsteher Dr. Langerhans bewillkommenet.

Darauf wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Im Kapitel „Hochbau“ sind außer nennenswerthen Abschnitten auch 100 000 M. abgesetzt worden, welche für den Bau des Verwaltungsgebäudes und zweier Wirthshäuser beim Krankenhaus Noabitz gefordert waren, weil nicht feststeht, daß schon im Jahre 1895/96 mit diesen Bauten begonnen werden kann; ferner 150 000 M. von der für das vierte städtische Krankenhaus geforderten zweiten Rate von 300 000 M., endlich 150 000 M., welche für den Neubau einer Volkshalle anstalt in der Dennewitzstraße als erste Rate ausgeworfen sind, da noch nicht einmal Kaufsitz und Kostenüberschlag vorgelegt sind. Daneben hat der Ausschuss auch den Betrag von 20 000 M. abgesetzt, der als erste Rate für den Erweiterungsbau des Feuerwachtgebäudes in der Panitzstraße gefordert ist, da über das Bauprogramm noch mit dem Polizeipräsidium verhandelt werde. Dagegen sind 30 000 M., welche der Magistrat durch Nachtragsvorlage für den Neubau eines Gebäudes auf dem Grundstück des Friedrich-Wilhelms-Hospitals und der Siedenanstalten an der Froebelstraße verlangt, als weitere Baurate in den Etat neu eingestellt worden.

Die Streichung der Position für die Volkshalle-Anstalt wird vom Stadtrath Borchardt beanstandet. Durch die Ablehnung werde der Bau zum Schaden der Bevölkerung des Wehens und Südwestens um ein Jahr verzögert. Die Kaufsitz sei fertig und werde der Versammlung demnächst zugehen.

Stadtv. Vincusohn beantragt die Bewilligung der Position; die Gesamtkosten dürften 550 000 Mark nicht übersteigen.

Stadtv. Scheiding kann sich nicht blindlings für eine solche Summe engagiren.

Stadtbaurath Blauenstein sucht darzulegen, daß ein solches Engagement seitens der Versammlung durch die Bewilligung der 150 000 M. auch nicht eingegangen werde.

Stadtv. Dinsse empfiehlt ebenfalls den Bau, während Stadtv. Brunns erklärt, daß die Mehrheit des Ausschusses mit der Streichung einen Bruch auf den Magistrat dahin ausüben wolle, künftig die Projekte und Kostenanschläge rechtzeitig der Versammlung vorzulegen. Dieser Standpunkt werde von seinen Freunden als der richtige angesehen. Später, wenn die bezügliche Vorlage genehmigt sei, werde auch der Betrag von 150 000 M. durch Entnahme aus den bereits Mitteln der Stadtkasse zur Verfügung gestellt werden können.

Nachdem auch noch Stadtv. Kreiting für die Bewilligung der Summe eingetreten ist, wird der bezügliche Antrag abgelehnt. Es verbleibt bei den Vorschlägen des Ausschusses.

Im Kapitel „Tiefbau“ (Straßen- und Brückenbau) hat der Ausschuss aus Sparmaßregeln eine Verminderung der zu Umplanierungen ausgeworfenen Summe von 1327 000 M. auf 200 000 M. beschlossen.

Stadtv. Dinsse verwendet sich für die Bewilligung der ganzen Summe, die nach den Beschlüssen des Pflasterauschusses unbedingt nötig sei.

Die Mehrheit entscheidet für die unverfügte Bewilligung.

Für Unterhaltung der Chausseen werden gemäß dem Ausschussantrag statt 300 000 nur 280 000 M. bewilligt, ebenso für die Verneuerung der Straßenbrunnen nur 100 000 M. statt der verlangten 120 000 M.

Zum Titel „Bedürfnisanstalten“ erneuert die Versammlung ihre vorjährige Resolution:

Den Magistrat zu ersuchen, für die Vermehrung der Bedürfnisanstalten für Frauen Sorge zu tragen und speziell die Aufstellung einer solchen im Humboldt-hain zu veranlassen.

Im Extraordinarium werden u. a. für die Verbreiterung des Schloßplatzes und der Königstraße 2 700 000 M. bewilligt. Dagegen werden gestrichen 178 000 M. zur Umplanierung der Bernauerstraße von der Brunnenstraße bis zum Nordbahnhof, weil diese Strecke noch ein Jahr lang zurückgestellt werden könne, aus demselben Grunde 59 000 M. für die Anlage der Mittelpromenade in der Seestraße.

Für die Herstellung eines Tunnels unter dem Bahnhof der Berlin-Stettiner Bahn sind nachträglich vom Magistrat 200 000 M. gefordert worden. Der Ausschuss hat die Summe bewilligt. Stadtv. Dinsse befürwortet die Ablehnung, da man noch gar nicht wisse, was aus dem Projekt der Höherlegung des Bahnhofes werde und sich mit dem Linsengericht dieses Fußweges nicht abspesen lassen dürfe.

Stadtv. Bismann und Stadtbaurath Sobrecht treten für die Genehmigung ein, da der durch das Bahnplanum völlig abgeschnittene direkte Verkehr zwischen Chausseestraße und Gartenplatz für die dortige Bevölkerung namentlich für die Arbeiter unbedingt sobald als möglich in irgend einer Form ermöglicht werden müsse. Die Hauptsache sei die Ver-

Stellung einer Verbindung für den Fußgängerverkehr; über eine Fahrstraße werde sich später, wenn die besondere Vorlage an die Versammlung komme, noch reden lassen. Das Geld gelange überhaupt nur zur Verwendung, wenn diese Vorlage genehmigt würde.

Nachdem auch Stadt. Rast für die Tunnelanlage gesprochen, werden die 200 000 M. bewilligt.

Den Betrag von 106 000 M. zur Pflasterung der Chaussee am Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal vom Hörner'schen Grundstück bis zu den Petroleumwerken wird gestrichen, da die Mehrheit ein Bedürfnis dazu nicht anerkennt event. aber die sehr potenten Petroleum-Großkaufleute resp. die in betracht kommende Gesellschaft für die Leistung eines entsprechenden Vertrages heranzuziehen anheimgibt.

Für die Ueberführung der Verlängerten Stromstraße über den Bahnhof Moabit sind 675 000 M. angeworfen. Der Ausschuss will nur 300 000 M. bewilligen. Stadtverordneter Sachs II will auch diese noch streichen. Es handle sich um ein Unternehmen, das inkl. Terrainwerb 2 500 000 M. kosten werde. Nun liege noch nicht einmal das Projekt vor, das solle vielmehr erst später vorgelegt werden. Es fehle trotz gegenteiliger Behauptungen noch keineswegs fest, daß an der Putzstraße eine Station errichtet werden würde, vielmehr werde wahrscheinlich bloß eine Haltestelle von der Eisenbahnverwaltung angelegt werden. Daher liege die Angelegenheit nicht klar, und die Versammlung thue gut, das Geld zunächst zu sparen.

Stadtverordneter Hübner entgegnet, daß die Zustimmung der Versammlung zu der beregten Ueberführung schon früher gegeben sei. Die Eisenbahnverwaltung sei jetzt mit ihrem Geleis-Verlegungsplan fertig und habe ihn dem Magistrat mitgeteilt. Die Stadt könne also ihr Projekt nunmehr entwerfen. Das für den neuen Bahnhof Moabit projektierte Empfangsgebäude komme auf die Nordseite der Bahnanlagen zu liegen, und die Stadt habe die Zugangsstraße zu schaffen; sie sei vom Eisenbahnsitzungsjahr 1895/96 zu thun. Der Bau des Empfangsgebäudes, dessen Plan dem Minister zur Genehmigung vorliege, werde zweifellos demnächst beginnen. Die Herstellung des Viadukts von der Quistorfstraße bis zu dem Gebäude sei also eine Nothwendigkeit.

Stadt. Gerike: Im Prinzip hat sich die Versammlung schon 1888 für die Ueberführung ausgesprochen. Nach den amtlichen Auskünften gestützten Mittheilungen des Bauamts könnten wir nun doch auch ohne Projekt die Summe bewilligen, um die großen Stadttheile Wedding und Moabit zu verbinden. Die Verbindung ist für diese in so rapider Entwicklung begriffenen Stadttheile eine Lebensfrage.

Stadt. Pincussohn bittet, an dem Prinzip festzuhalten, ohne Bauplan und Kostenschätzung nichts zu bewilligen. Das liege auch im Interesse des Eisenbahn-Fiskus.

Kammerer Maas: Das Gesetz von 1874 legt die Schaffung der Zufahrtswege zu den Eisenbahnen lediglich und bedingungslos den Gemeinden auf. Wird die Sache jetzt abgelehnt, so ist das ein Ausschub auf ein Jahr, denn innerhalb des Etatsjahres haben wir dafür nichts übrig.

Vorsitzer Langerhans: Wir haben uns f. Z. die Zustimmung zu dem Projekt und die Zeit der Ausführung vorbehalten. Das ist eine sehr lobenswerthe Vorsicht gewesen, denn der jetzige Plan des Viadukts ist absolut zwecklos, da an dem Uebergang von der Stromstraße bis zum Südufer noch alles wüste und leer liegt und höchstens die anliegenden Baustellen-Besitzer, die schon zum theil sehr viel verdient haben, weiteren Vortheil davon haben würden. Als Verbindung nach dem Wedding ist der Viadukt ganz unbrauchbar; dafür ist ja der Bahnhof an der Besselfstraße vorhanden, und der genügt doch zur Zeit gewiß. Ueberlassen wir das Projekt der Entwicklung der Zukunft! (Beifall.)

Stadt. Gerike meint, daß die Ausführungen des Vorstehers und des Stadtbauamts mit einander im Widerspruch stehen und daß Moabit doch stets nur mit ganz bescheidenen Forderungen aufgetreten ist. (Große Aufregung, andauernder Widerspruch und Heiterkeit.)

Vorsitzer Langerhans befreit, daß ein Widerspruch mit dem Stadtbauamt vorliegt. Man habe ihm im Ministerium gesagt, daß die Verwaltung ein Bahnhofsgelände nur bauen werde, wenn die Stadt sie darum angehe.

Stadt. Singer: Nach den letzten Ausführungen hat sich zwar die Lage der Sache etwas verschoben, aber aus etatrechtlichen Rücksichten bleibe ich bei der Ablehnung. Wir können keine Ausgaben in den Etat einsehen, deren Konsequenzen wir nicht zu übersehen vermögen und wofür uns weder Projekte noch Kostenschätzungen vorliegen. Wir sind doch nicht dazu da, die Wünsche der dortigen Grundbesitzer zu machen. Ich werde durch Stellung eines Antrages dem Staatsauschuss und der Versammlung Gelegenheit geben, sich darüber schlüssig zu machen, ob nicht der Magistrat zu bitten wäre, von der Verpflichtung, solche zweifelhaften Posten in den Etat einzusetzen, für die Zukunft abzugehen.

Die Posten wird vollständig gestrichen.

Schließlich hat der Ausschuss im Extraordinarium noch an der Forderung von 120 000 M. für die Umwandlung der Kesselbrunnen in Rohrbrunnen 20 000 M. abgesetzt. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Ueber die Etatskapitel „Dienstposten etc., Polizeikosten, Feuerlöschwesen, Gemeinde-Friedhöfe, Zivilstandsämter“ berichtet Stadt. Brunz. Die Etats werden unverändert angenommen; außerdem gelangt folgende Resolution zur Annahme:

Den Magistrat zu ersuchen, mit dem Polizeipräsidium in Verbindung zu treten, um minder strenge Maßregeln bei Straßenabsperrungen zu erwirken.

Ueber die Frage der eventuellen Uebernahme des Eigenthums der Berliner Elektrizitätswerke hatte vor zehn Monaten die Versammlung durch Resolution den Magistrat ersucht, mit ihr in gemischter Deputation Verhandlung zu pflegen. Der Magistrat lehnt jetzt in einer längeren Zuschrift ab, auf diesen Vorschlag einzugehen.

Stadt. Jacobi beantragt, den früheren Beschluß zu erneuern, da die Frage wirklich brennend sei. Die Konsolidation der Gesellschaft lasse zu wünschen übrig. Die Grundstücke hätte längst abgeschrieben werden müssen, die Installationen seien viel zu theuer. Von der Durchführung des elektrischen Bahnbetriebes höre man garnichts mehr. Ohne die Uebernahme auf die Stadt direkt zu wollen, hält Redner es für unumgänglich, die gerügten Einzelheiten zu erörtern; der Magistrat habe die Versammlung in der Frage wenig rücksichtsvoll behandelt.

Stadt. Marggraf verwahrt sich gegen den lehteren Vorwurf. Daß die Versammlung 10 Monate habe warten müssen, sei nicht Schuld des Magistrats. Der habe schon vor dem 1. Januar die Vorlage machen wollen; die Beschaffung des Materials sei aber nicht eher zu beschaffen gewesen, und ohne dasselbe sei doch eine Entscheidung über die Nützlichkeit einer Verhandlung in gemischter Deputation nicht thunlich gewesen; auch seien die Magistratsmitglieder mit anderen Arbeiten überlastet, speziell der Dezerent in der fraglichen Angelegenheit habe wohl kaum vom achtstündigen Arbeitstag eine Ahnung, eher vom 16stündigen. Da ein positiver Vorschlag von dem Magistrat nicht gemacht werde, so sei auch überhaupt keine Zeit verloren, denn zur Uebernahme der Werke für einige 30 Millionen gehörten doch zwei, die Versammlung u. d. der Magistrat.

Stadt. Singer: Der Stadtrath Marggraf erzählt und, wie der Magistrat bemüht ist, der Versammlung zu Willen zu sein. Und die Versammlung absolut, wenn sie unsern Willen thut“ kann man hier wohl ein bekanntes Diktum variiren. Denn in einer ganzen Reihe von Fällen hat der Magistrat von diesem eifrigen Entgegenkommen gegen die Wünsche der Versammlung keinen Beweis geliefert. Mit solchen Darlegungen kann die Verpflanzung dieser Vorlage nicht entschuldigt werden. Es handle

sich garnicht darum, den Magistrat in die Arbeit zu stützen, damit er alle möglichen und unmöglichen Dinge feststelle; wir wollten gemeinsam mit ihm erwägen, ob und wann event. die Uebernahme der Werke im Interesse der Stadt liege. Gerade weil ich sicher war, daß der Magistrat sich der Uebernahme gegenüber ablehnend verhalten würde, habe ich dem Vorschlag einer gemischten Deputation seinerzeit zugestimmt, eben weil ich wünschte, daß die Mitglieder der Versammlung an den Vorbereitungen zur Gewinnung eines Urtheils mitbeschäftigt würden. Bei der Stellung, die der Magistrat grundsätzlich kapitalistischen Unternehmungen und Aktien-Gesellschaften gegenüber einnimmt, konnte ich nicht vertrauen, daß er der Uebernahme das Wort reden würde. Wären die Arbeiten von Anfang an in der gemischten Deputation gemacht worden, vielleicht wäre der Magistrat doch zu einer anderen Auffassung gelangt. Außerdem hätte doch der Magistrat die Pflicht der Höflichkeit gehabt, der Versammlung nach einigen Wochen oder Monaten mitzutheilen, daß er wegen Beschäftigung mit den Vorarbeiten noch keine Sitzung der Deputation einberufen könne, vielleicht hätten wir selbst dann noch eine Theilnahme an den Arbeiten erreicht. Darüber, daß es schließlich doch zur Uebernahme in die händliche Regie kommen wird, ist der Magistrat geradezu elegisch gestimmt; liebevoll führt er uns sämtliche Schwierigkeiten vor, mit denen die Gesellschaft zu rechnen hat, und leistet sich andererseits einen ganz kläglichen Hinweis auf die finanziellen Folgen, er scheint zu denken: Zeit gewonnen, alles gewonnen, laßt uns wenigstens dieses Jahr damit in Ruhe. Ich stehe noch wie vor auf dem Standpunkt, daß wir die Ausnützung unserer Straßen und Plätze nicht Aktiengesellschaften zu überlassen haben, und auch zahlreiche Anhänger des Vertrages haben letzteren nur gebilligt in der Erwägung, daß ja das Recht der Uebernahme vorbehalten war. Jetzt ist die Zeit herangekommen. Ob sich durch weiteres Warten der Zuschlag zu dem Tagewerth verringert, kann nicht maßgebend sein; im Gegentheil. Je mehr die Technik im Fluß ist, neue Erfindungen zu machen, je ausgedehnter der Betrieb wird, desto höher ist die Verpflichtung der Stadt, die Werke zu einer Zeit zu übernehmen, wo sie noch von diesen Erfindungen Nutzen ziehen kann und nicht aus davon das Zeit abzuschöpfen den Privatgesellschaften überlassen muß. Nun macht uns der Magistrat die Vorlage zu einem Termin, wo wir machtlos sind, weil bis zum 1. April nichts mehr zu machen ist. Es geht uns hier gerade so, wie kurz vor den Ferien, wo uns der Magistrat auch mit wichtigen Vorlagen überschüttet, die dann par force durchgepeitscht werden. Jetzt ist die Sache einfach auf ein ganzes Jahr verlagert. Der Magistrat faßt überhaupt unser Verlangen nach Einsetzung einer gemischten Deputation und die Berechtigung desselben anders auf als sie durch den Geist der betr. Bestimmung in der Städte-Ordnung begründet ist. Es ist eine wunderbare Illustration des oft gerühmten guten Einvernehmens, wenn das ein Stilegium dem andern ganz läßt erklärt: wir sind genügend informiert, wir können Beschluß fassen; weil wir klug genug sind, braucht ihr nicht klüger zu werden. (Heiterkeit.) Ich meine, die Versammlung hat das Recht, eine andere Behandlung zu fordern. Uns geschieht doch kein Gefallen damit, wenn der Magistrat auf den Vorschlag gemeinamer Verhandlung eingeht; wir wären doch bloß das Interesse der Bürgerchaft. Hier wollen wir ihr finanzielles Interesse wahren; wir wollen zusehen, ob jetzt nicht die Zeit ist, dafür zu sorgen, daß die Millionen, die in Form von Dividendenzinsen an die Aktionäre gezahlt werden, endlich dahin kommen, wo sie hingehören, in die Stadtkasse. Persönlich haben wir ja kein Interesse daran; es heißt jedoch wohl keiner der Kollegen Aktien der Gesellschaft, denn er hätte ja dann ein persönliches Interesse und hätte hinausgehen müssen, und ich habe niemand hinausgehen sehen. Für die Folge müssen wir also fordern, daß der Magistrat solchen Aufforderungen der Versammlung nachgiebiger und wohlwollender sich gegenüberstellt. Ist die Arbeitslast einzelner Herren im Magistrat zu groß, so muß Abhilfe geschaffen werden, denn die vitalsten Interessen der Stadt dürfen darunter nicht leiden, es dürfen nicht die wichtigsten Fragen monatelang in den Schubfächern der Magistratsbüreau verstaubt bleiben. Ich empfehle den Antrag Jacobi, weil ich wünsche, daß das durch die Ueberlastung der Magistratsmitglieder in diesem Jahre unmöglich gewordene wenigstens im nächsten Jahre möglich wird.

Der Antrag Jacobi wird darauf einstimmig angenommen. Schluß 1/2 Uhr.

## Parteinachrichten.

**Agitation.** Aus dem 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreis. In den Monaten Januar bis Anfang März fanden in diesem Wahlkreis 15 Versammlungen statt, die gegen die Umsturzvorlage protestirten; Referent in allen Versammlungen war der Reichstags-Abgeordnete C. Legien. Die Parteigenossen hielten verbreiteten am Sonntag die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in 8000 Exemplaren, desgleichen ein Flugblatt, welches die Nothwendigkeit der politischen Organisation darlegt und zum Beitritt in den sozialdemokratischen Verein auffordert, in 12 000 Exemplaren. Am Sonntag, den 24. d. M., soll die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ abermals in 8000 Exemplaren verbreitet werden.

In Lindow i. M. fand am 18. März eine auch von vielen Landleuten besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Kiesel aus Berlin über die neuen Steuerentwürfe, sowie über das Umsturzgesetz referirte. Eine entsprechende Resolution fand Annahme. Die zur Deckung der Unkosten nachgesuchte Erlaubniß einer Zellerksammlung war von der Polizei verweigert worden und zwar „in Rücksicht auf die bisherige durch den Winter herbeigeführte, theilweise Arbeitslosigkeit“. Die polizeiliche Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit ist ja sehr errenlich; ob sie in diesem Falle den Versammlungsbesuchern sehr erwünscht war, bezweifeln wir.

**Gemeinderathswahl.** In Saalfeld wurden bei der am 20. d. M. stattfindenden Gemeinderathswahl die drei von den Sozialdemokraten aufgestellten Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. Damit haben die Sozialdemokraten im Gemeinderath die Majorität.

**Gewerbegerichts Wahlen.** Bei dem am 19. d. M. in Mainz stattgehabten Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht siegte die in Verbindung mit dem Gewerkschaftsartell aufgestellte Liste der sozialdemokratischen Partei ohne Widerspruch mit 671 gültigen Stimmen gegen 570 Stimmen vor zwei Jahren. Für die Arbeitgeber hatte der Verein für selbständige Gewerbetreibende eine Liste aufgestellt, welche ebenfalls ohne Gegenliste mit 120 Stimmen durchbrang, während vor zwei Jahren 234 Stimmen abgegeben wurden.

**Märzfeier in der Schweiz.** Aus Zürich wird uns geschrieben: Ursprünglich nur von dem deutschen Verein veranstaltet, ist im Laufe der Jahre die alljährliche Märzfeier zu einer Einrichtung in der ganzen schweizerischen Arbeiterbewegung geworden, die nun von den Arbeiterunions veranstaltet wird. Am letzten Sonnabend und Sonntag feierte man in Zürich, Winterthur, Schaffhausen, St. Gallen, Zug, Luzern, Bern, Basel, Aarau und anderen Orten die revolutionären Märztage der Jahre 1848 und 1871, wodurch die Erinnerung an jene Vorgänge im Gedächtnisse wieder aufgefrischt wurde. In Zürich und Winterthur hielt Genosse Ged aus Offenburg die Festreden.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.** In Warthau i. Schl. hat am 16. d. M. der Genosse Hoberg, Kolporteur der Breslauer „Volkswacht“ eine dreimonatliche Gefängnisstrafe angetreten. Er soll das preussische Staatsministerium beleidigt haben.

— Wegen großen Unfugs wurde vor dem Schöffengericht zu Harburg Genosse Rauffmann, Redakteur des „Harburger Volksblattes“, zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Er soll den „groben Unfug“ dadurch begangen haben, daß er das fuchsmähler Glaubensbekenntnis im „Volksblatt“ zum Abdruck brachte.

— Im vergangenen Sommer machte ein Arbeiter-Gesangverein in Goslar einen Ausflug, wobei einige Fäß Bier mitgenommen wurden. Die vier Vorstandsmitglieder erhielten darauf ein Strafmandat von je 20 M. wegen Steuerkontravention. Das Schöffengericht befristete dem auch die Strafmandate, vor dem Landgericht in Hildesheim aber wurden die Betreffenden freigesprochen.

— Eine Parteiverammlung in Apolda, in der das Zentral-Wahlkomitee für den ersten weimarischen Wahlkreis gewählt werden sollte, wurde vom Bürgermeister wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten. — Die Wahl des Komitees ist deswegen doch vollzogen worden.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Korbmacher!** In der Werkstatte von Schügner Landwehrstr. 6-7, hat ein Lohnabzug von 10 pCt. stattgefunden, und haben deshalb die Mehrzahl der Kollegen die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, die Werkstatte so lange zu meiden, bis die nächste Versammlung die Sache geregelt hat. J. A.: Paul Brüdner, Elisabeth-Ufer 55.

**Achtung, Metallarbeiter!** Die Streiks bei den Firmen Edel u. Glincke, Wasserthorstr. 50, und Otto Wunderhausen, Prinzessinnenstr. 99, dauern unverändert fort. Wir bitten auch weiterhin um strengste Fernhaltung des Zuguges. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

**Ueber den Terrorismus sozialdemokratischer Arbeiter** weiß die „Staatsbürger Zeitung“ ihren Lesern eine „böse“ Geschichte aufzutischen. Sie beschäftigt sich mit dem soeben beendeten Streik in der Pianofortefabrik von Görs und Kallmann und giebt darüber die folgende Darstellung:

„Privater ist wohl nie eine Arbeitseinstellung ins Werk gesetzt worden, nichtswürdiger sind wohl nie in einer wirtschaftlich schlechten Zeit den Arbeitern die Groschen aus der Tasche gezogen worden, als bei dem soeben beendeten Streik in der Pianofortefabrik von Görs u. Kallmann in der Landstraße. Die Geschichte dieses Streiks ist zu lehrreich für alle unsere Arbeiterverhältnisse, insbesondere auch für die Auffassung der Stellung vom Arbeiter zum Arbeitgeber, als daß sie hier nicht wiedergegeben werden sollte.“

Ende November v. J. sah sich Herr Görs veranlaßt, fünf Arbeiter seiner Fabrik zu kündigen, da sie gegen einen kurz vorher engagirten Werkführer putzten. Am 4. Dezember erschien nun eine Deputation von 12 Arbeitern bei Herrn Görs, die kategorisch verlangte, daß die fünf entlassenen Kollegen wieder eingestellt und beide in der Fabrik thätigen Werkführer entlassen werden sollten. Dieser schroff ausgesprochenen Forderung setzte der Fabrikherr die ebenso energische Erklärung entgegen, daß er weder die fünf Arbeiter einstellen, noch seine Werkführer entlassen werde. Darauf legten noch an demselben Tage 85 Arbeiter die Arbeit nieder. Hier sei eingefügt, daß die 180 Arbeiter beschäftigende Fabrik von Görs mit die besten Löhne in Berlin zahlt; durchschnittlich werden dort 36 M. in der Woche für den Mann verdient und die entlassenen Arbeiter hatten, wie wir uns aus den Büchern überzeugen können, ein Einkommen von 1800 bis 2000 M. bei neunhündiger Arbeitszeit.“

Es folgen dann eine Reihe gehässiger Angriffe gegen die Streikenden über die Höhe der Unterstüzung und ein Lamento über die große Summe, welche der Streik gekostet hat.

Derartige Klagen gehören nun so ziemlich zu den alltäglichen Erscheinungen in der bürgerlichen Presse und dürfen um so weniger überraschen, wenn sie von dem antisemitischen Organ ausgehen, dem von vornherein alle Streiks ein Greuel sind. Die Veranlassung zu dem Streik entspricht durch und durch nicht den in der wiedergegebenen Notiz enthaltenen Darstellungen. Kurz vor Weihnachten, am 8. Dezember, wurden in der genannten Fabrik fünf Arbeiter entlassen, weil sie sich zum theil gegen das äußerst rigorose Benehmen der Werkführer auflehnten. Sie konnten bei der Maßregelung nur alle Arbeiter hinter sich haben, weil von allen gemeinsam dieses Benehmen der Werkführer bis zur Unertüchlichkeit empfunden wurde.

Von den Werkführern ist der Herr Lingch ein praktisch durchaus nicht genialer Mann, der auch sonst bei den Arbeitern des genannten Berufes in keinem guten Ansehen steht. Wie recht die Arbeiter mit ihrer Forderung hatten, erheilt daraus, daß dieser Mann jetzt von dem Fabrikanten aus eigenem Antriebe entlassen ist.

Wäre dem allseitigen Wunsche der Arbeiter entsprochen und hätte der Fabrikant die Unfähigkeit seines Werkführers früher erkannt, so wäre der Streik vermieden gewesen, und brauchten nicht 80 Arbeiter von den 90 beschäftigten kurz vor Weihnachten in den Streik einzutreten. Es handelte sich in dem Streik nicht um Lohnforderungen sondern um anständige Behandlung. Allerdings, das sind Dinge, für welche ein kapitalistischer Soldschreiber kein Verständnis hat. Wie können die Arbeiter bei ihrem Lohn auch noch anständige Behandlung verlangen? Ein solches Verlangen erscheint in den Augen bürgerlicher Pressbilden trivial. Bei den Arbeitern werden diese Dinge sehr in Ehren gehalten und noch mancher Kampf wird geführt werden, sollte es unsere Gegner auch noch so sehr verdrießen.

## Depeschen.

**Wolff's Telegraphen-Bureau.** Berlin, 21. März. Die „Berliner Korrespondenz“ erklärt die Gerüchte über den Rücktritt des Handelsministers v. Berlepsch für unbegründet.

Madrid, 21. März. Die Königin-Regentin hat heute Nachmittag mit Canalejas, Puigcerver und Abarzuja konferirt. Die Persönlichkeiten, welche mit der Bildung des Kabinetts betraut wird, wird morgen begehrt werden; ein Kabinet Canovas gewinnt an Wahrscheinlichkeit.

Eine Militär-Zeitung schlägt ein politisches Programm vor, welches besonders die Beförderung aller Offiziere nach 40 Dienstjahren zum Obersten und eine Erhöhung des Armeebudgets enthält.

New-Orleans, 21. März. Die Anklage-Jury hat dem Gerichte 15 Anklageschriften zugestellt, nach welchen 28 Personen wegen der bei den Tumulten zwischen den weißen und farbigen Arbeitern begangenen Mordthaten belangt werden sollen.

Nach einem Telegramm aus Red Canon (Indiana) kamen dort 15 Personen durch eine Explosion in einem Kohlenbergwerke ums Leben.

New-York, 20. März. Nach einem Telegramm aus Barranca (Peru) hat in Lima ein dreitägiger Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Insurgenten stattgefunden. Die Verbindung mit Lima ist unterbrochen. Der Ausgang des Kampfes ist nicht bekannt.

Washington, 21. März. In dem gestrigen Kabinettsrathe wurde die Möglichkeit erster Verwicklungen infolge der Forderungen europäischer Mächte in Venezuela und Nicaragua besprochen.

(Depeschen-Bureau Herold.) Paris, 21. März. Nachdem der französische Hauptmann Romani durch den Amnestie-Erlass des Königs Gumbert begnadigt worden ist, hat Präsident Faure auch die Begnadigung des in Rizza wegen Spionage verurtheilten italienischen Majors Falta unterzeichnet.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung vom 21. März 1895, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Brouart v. Schellen-

borff, Niederding.  
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Verathung des Reichshaushalts-Etats für 1895/96 und zwar der Etat des allgemeinen Pensionsfonds.

Abg. v. Schöning (nl.) erklärt, daß er auf Erneuerung seines Antrages bezüglich der Kriegsinvaliden für jetzt verzichte, weil wohlwollende Erklärungen seitens der Kriegsverwaltung abgegeben seien; er wolle zunächst abwarten, welches Schicksal die eingegangenen Petitionen haben werden.

Abg. Pachiuske (frsf. Vg.) bittet um eine Aenderung der Pensionsnovelle dahin, daß auch die invalide gemordeten Beamten, namentlich die Militärbeamten berücksichtigt werden können.

Generallieutenant v. Spih: Die Regierung wird der Anregung des Vorredners gern folgen.

Abg. Niefert (fr. Vg.) verzichtet auf das Wort, da die Petitionen bald zur Behandlung kommen dürften.

Abg. Bech (fr. Vp.) spricht seine Freude darüber aus, daß die Kriegsverwaltung jetzt eine entgegenkommendere Erklärung abgibt als im Vorjahre.

Generallieutenant v. Spih: Im vorigen Jahre erklärte die Kriegsverwaltung nur, daß die Frage der Beamten nicht in eine Novelle zum Militär-Pensionsgesetz gehöre.

Abg. v. Gillingen (Rp.) schließt sich den Erklärungen der Abgg. v. Schöning und Bech an.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird genehmigt; ebenso ohne Debatte der Etat des Reichsinvalidenfonds.

Sein Etat des Reichsjustizamts und zwar beim Gehalt des Staatssekretärs beantragt Abg. v. Strombeck: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine für das Gebiet des Deutschen Reichs gemeinsame Amtsstelle einzurichten, welcher 1. von den zuständigen Behörden der Bundesstaaten hinsichtlich aufgefundenen Reichsnamen Unbekannter die zur Feststellung der Persönlichkeit dieser Verstorbenen dienlichen Mittheilungen gemacht werden müssen, und welcher 2. hinsichtlich vermählter Personen, deren Ableben (sei es infolge von Krankheit oder Selbstmord, sei es infolge eines Unglücksfalles oder Verbrechens) vermutet wird, die zur Ermittlung des Verbleibes solcher Personen dienlichen Mittheilungen von den zuständigen Behörden in den geeigneten Fällen gemacht werden müssen und von Privatpersonen gemacht werden können.

Abg. Baffermann (natl.): Die internationale kriminalistische Vereinigung hat sich für die bedingte Verurteilung jugendlicher Personen ausgesprochen und verschiedene deutsche Vereinigungen haben eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung der Verurteilung und Zwangsberziehung jugendlicher Verbrecher angeregt. Es wäre wünschenswerth zu erfahren, ob die Reichs-Justizverwaltung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereitet hat und wann sie ihn hier einbringen wird. Man verlangt in erster Linie eine Heraushebung der Strafmündigkeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr. Erst in diesem Alter werden die Kinder in der Regel konfirmirt, treten aus der Familie in die Lehre und erreichen die Einsicht in die Strafbarkeit einer Handlung. Gefängnisstrafen vor dem 14. Jahre verhehlen meist ihren Zweck. Die bestrafte Kinder kehren in dieselbe Schule zurück und werden die anderen Kinder an. Auch für junge Leute von 14—18 Jahren ist eine staatliche Ueberwachung und Erziehung oft heilsamer als die Gefängnisstrafe. Hier ist die Anwendung der bedingten Verurteilung am Platze. Der Richter setzt zwar die Strafe fest, läßt es aber bei der Strafsandhebung bewenden und behält den Vollzug unter besonderen Voraussetzungen vor. Soll aber die staatliche Ueberwachung und Zwangsberziehung wirksam sein, so muß sie der partikularen Regelung entzogen und auf das Reich übertragen werden. In Sachsen, Baden, Oldenburg ist die Sache geregelt, weite Reichsgebiete entbehren aber noch der gesetzlichen einheitlichen Regelung. Durch eine geordnete Erziehung verwehrt jugendlicher Personen könnten viele Exzesse vor dem Untergange gerettet werden. Eine einheitliche Regelung des Eigentumsrechtes müßte damit Hand in Hand gehen, und ich möchte die Reichs-Justizverwaltung fragen, wann ein Abschluß der Arbeiten zur Feststellung des bürgerlichen Gesetzbuches bezw. eine Vorlage an den Reichstag zu erwarten ist.

Staatssekretär im Reichs-Justizamt Niederding: Den Ausführungen des Vorredners über die Wichtigkeit einer rationellen Regelung einer für das Reich einheitlichen Behandlung verwehrt jugendlicher Personen im Wege der Zwangsberziehung kann ich im wesentlichen beistimmen, ohne mich in diesem Augenblicke auslassen zu können über den Zeitpunkt und den Umfang, innerhalb dessen die Reichsgesetzgebung diesem Gegenstande in dem vom Vorredner gewünschten Maße näher treten wird. Die erste Voraussetzung für eine reichsgesetzliche Regelung erschöpfender Art auf diesem Gebiete besteht darin, daß wir eine Uebereinstimmung haben in dem Vormundschaftsrecht, und diese Grundlage werden wir erst durch das bürgerliche Gesetzbuch erhalten. Der Vorredner wollte auch eine andere Abgrenzung des strafmündigen Alters jugendlicher Personen und eine andere Behandlung jugendlicher, strafmündiger Verbrecher. Die Regelung des Strafrechts in diesem Punkte ist keine beständige, und man wird wohl der Frage näher treten müssen, ob nicht auf der einen Seite das Alter der Strafmündigkeit höher gerückt werden müßte, als bisher und auf der anderen Seite die Behandlung der jugendlichen Personen, die das strafmündige Alter überschritten haben, eine andere werden muß. In dieser Beziehung sind Verhandlungen mit dem preussischen Justizministerium eingeleitet, und hoffentlich werden wir bald im Sinne des Vorredners und nach den Vorschlägen der internationalen kriminalistischen Vereinigung, der ich im allgemeinen meine Zustimmung ertheilen kann, zu einer Gesetzesvorlage kommen. Die Sache hat auch eine schwerwiegende finanzielle Seite. Wenn wir einen großen Theil der jetzt zu Kriminalstrafen Verurtheilten demnach einer Korrigendeanstalt überweisen wollen, so werden die einzelnen Landesverwaltungen darauf bedacht sein müssen, daß genügend Anstalten zu diesem Zweck vorhanden sind.

Hinsichtlich der Fertigstellung des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches kann ich meine Ausführungen vom vorigen Jahre mit dem voraussichtlichen Fortgang an der Hand der inzwischen gemachten Erfahrungen im wesentlichen bekräftigen. Die ersten vier Bücher: Allgemeine Grundzüge, Obligationenrecht, das Sachenrecht und das Familienrecht sind fertig gestellt; das 5. Buch, das Erbrecht, hat etwas längere Zeit in Anspruch genommen, und aller Voraussicht nach wird es noch einmaliger Textrevision möglich sein, auch diesen Theil dem Reichstage nach Ostern zugänglich zu machen. Es bleibt der Kommission nur noch übrig, eine nochmalige Revision des ganzen Textes vorzunehmen und hierzu bedarf es besonderer Vorsicht und Sorgfalt. Bei der unermüdlichen Hingabe und der bis an die Grenzen des Möglichen gesteigerten Arbeitsleistung der Kommission wird auch diese Arbeit bis zum Herbst vollendet sein. So werden wir im Oktober das sachlich und formell fertig gestellte Werk vor uns haben. Dann bleibt nur noch die Fertigstellung des Einführungsgesetzes. Diese Arbeit ist keine einfache. Es handelt sich dabei um Festsetzung der Uebergangszeit, um

die Umredigirung einer großen Anzahl reichsgesetzlicher Bestimmungen und um die Feststellung derjenigen Materien, in welchen dem Landesrecht eine selbständige Regelung gegenüber dem bürgerlichen Gesetzbuch vorbehalten bleibt. Ich hoffe, daß diese Arbeit ebenfalls noch vor Schluß des laufenden Jahres zu Ende geführt werden kann, so daß auch das Einführungs-Gesetz mit Schluß des Jahres sachlich und formell fertig gestellt an den Bundesrath gelangen kann. Damit ist dann die Arbeit der Kommission erledigt.

Ueber die weitere Behandlung des bürgerlichen Gesetzbuches wird sich der Reichstag erst im nächsten Herbst zu entscheiden haben. Ich will nur die allgemeinen Gesichtspunkte für die Methode, die wir dabei befolgen können, jetzt berühren. Wenn das bürgerliche Gesetzbuch mit seinen tausenden von Paragraphen auf Grund einer zwanzigjährigen Arbeit sachverständiger Männer, getragen vom Vertrauen der Theorie und Praxis und auch des Reichstages an den Reichstag herantritt, wird es sich nicht darum handeln, es nach Analogie anderer Gesetze in allen Einzelheiten zu prüfen. Sonst wären so viele Aenderungen vorgenommen, daß es wieder an eine neue Kommission gehen müßte, und die Arbeit würde wieder endlos verzögert. Wollen wir zu einem praktischen Resultat kommen, so muß die Behandlung des Gesetzbuches im Bundesrath und Reichstag eine mehr kuratorische sein, die nur feststellt, ob der wissenschaftliche, politische, soziale Inhalt desselben im großen und ganzen die Zustimmung des deutschen Volkes beanspruchen darf. Dabei kann der eine oder andere Theil vom politischen oder wissenschaftlichen Standpunkt besonders einer näheren Prüfung unterzogen werden. Im großen und ganzen wird es sich nur darum handeln, daß der Bundesrath und Reichstag das Gesetzbuch annehmen oder ablehnen. Darüber werden wir einverstanden sein, wir bekommen das bürgerliche gemeinschaftliche Recht in Deutschland entweder bald oder in absehbarer Zeit überhaupt nicht. Wird nach diesen Gesichtspunkten verfahren, so wird der Bundesrath im Laufe weniger Monate definitiv dazu Stellung nehmen können. Gelangt das bürgerliche Gesetzbuch im Laufe des Oktober und das Einführungs-gesetz bis zum Schluß des Jahres, spätestens anfangs des nächsten Jahres an den Bundesrath, so wird das Gesetzbuch bis zum Februar nächsten Jahres an den Reichstag gebracht werden können. Geht der Reichstag von denselben Gesichtspunkten aus, wie die verbündeten Regierungen, so wird auch er in wenigen Monaten die Prüfung des Gesetzbuches erledigen, und der Reichstag wird in der nächsten Session nicht auseinandergehen, ohne über das Gesetzbuch definitiv Beschluß gefaßt zu haben. Wir empfehlen dringend, diesen Weg der Behandlung des Gesetzbuches zu wählen, um im nächsten Jahre das ganze Werk abzuschließen.

Damit wird die einheitliche Regelung unseres bürgerlichen Rechts aber noch keineswegs erschöpft sein; eine Reihe von Materien materieller und prozessualer Art ist im Anschluß daran noch zu regeln. Wir müssen auch zu einer einheitlichen Regelung des Eigentums- und Pfandrechts an Grund und Boden kommen. Ferner müssen wir die Zwangsvollstreckung auf das Immobilien-Eigentum einheitlich regeln. Die Arbeiten dafür sind in Vorbereitung, ein Entwurf wird bereits im Herbst dieses Jahres an den Bundesrath gelangen. Ebenso ist eine einheitliche Regelung der Anlegung und Behandlung der Grundbücher nöthig.

Auch nach dieser Richtung schweben Vorarbeiten, wir werden zu Anfang des nächsten Jahres einen Gesetzentwurf an den Bundesrath bringen können. Mit der Grundbuchordnung wird sich das Haus ebenfalls in der nächsten Session beschäftigen können. Mit der Regelung des Hypothekenrechts werden wir eine Aufgabe zu erledigen haben, die Bundesrath und Reichstag wiederholt beschäftigt hat, aber noch keine Regelung finden konnte wegen der Frage der Sicherstellung der Pfandbriefgläubiger gegenüber den großen Hypothekenbanken. Das Interesse der Bodenkreditanstalten wie das Interesse des Grundrechts selbst bedingen diese Regelung. Versuche nach dieser Richtung in den letzten Jahren sind an dem Mangel eines gemeinschaftlichen Hypothekenrechts gescheitert. Der Entwurf zur Sicherstellung der Pfandbriefgläubiger wird voraussichtlich in der nächsten Session das Haus beschäftigen können. Sodann macht der Inhalt des bürgerlichen Gesetzbuches auch eine Revision der Zivil-Prozessordnung nöthig. Eine Kommission praktischer Juristen soll in nächster Zeit die Vorarbeiten machen, und der Entwurf wird ebenfalls in der nächsten Session das Haus beschäftigen können. Eine anderweitige Gestaltung unseres Handelsgesetzbuches wird dann ebenfalls Aufgabe des Hauses sein, nachdem eine Kommission von praktischen Juristen und Vertrauensmännern einen Entwurf ausgearbeitet hat. Ferner bedarf es noch einer einheitlichen Regelung unseres Verlagsrechtes, des Urheberrechtes und des Verfabrens in der nicht streitigen Gerichtsbarkeit. Wegen aller dieser Aufgaben müssen wir die Verathung des bürgerlichen Gesetzbuches schnell erledigen, und ich wiederhole, wir werden damit bald zum Abschluß kommen oder überhaupt nicht.

Abg. v. Strombeck (3.) empfiehlt die Annahme seines Antrages, dessen Durchführung keine erheblichen Kosten verursachen würde.

Abg. Bachem (3.): Der Gedanke der bedingten Verurteilung ist ein neuer, während man sonst auf dem Gebiete der Kriminaljustiz neue Gedanken nicht sehr liebt. Wenn man diesem Gedanken nahe tritt, dann sollte man ihn auf alle Kategorien von Verbrechen, die schwersten vielleicht ausgenommen, anwenden. Die finanziellen Ersparnisse stehen nicht in erster Linie, sondern die moralischen Vortheile. Es kann jemand dadurch, daß er nach einem Verbrechen ein tadelloser Leben führt, sich die ihn bloßstellende Nachrede ersparen, daß er im Gefängnis gefesselt habe. Man sollte wirklich einen Versuch mit dieser bedingten Verurteilung machen.

Staatssekretär Niederding: Ueber die Lösbarkeit dieser Frage denkt das Reichs-Justizamt nicht so fangumisch wie manche Juristenkreise. Zweifellos würde die Durchführung der bedingten Verurteilung nicht nur auf die Moralität der Verurtheilten günstig einwirken, sondern auch für die Reichskasse von Vortheil sein. Die Erfahrungen, welche man damit in Belgien gemacht hat, erstrecken sich aber auf eine so kurze Zeit, daß man bis jetzt ein abschließendes Urtheil über die Sache noch nicht gewinnen konnte. Belgien hat außerdem räumlich eine so geringe Ausdehnung, daß man nicht ohne weiteres annehmen kann, daß seine Einrichtungen sich auch in einem größeren Staate bewähren werden. So ist z. B. die Kontrolle der zur Strafe gezogenen, bedingten Verurtheilten in Belgien weit leichter als bei uns. Ich sage dies aber keineswegs, um von der weiteren Verfolgung dieses Gedankens abzuschrecken. Nichts wäre überhaupt unbegründeter als der Justizverwaltung den Vorwurf des Marasmus zu machen. Wir sind neuen Ideen keineswegs abhold. Die Resolution des Abg. v. Strombeck geht eigentlich weniger die Rechtspflege als die Polizeiverwaltung an. Wir werden aber die Frage in Erwägung ziehen.

Abg. Gröber (3.): Das Programm, welches der Herr Staatssekretär entwickelt, giebt dem Reichstage für die nächsten drei Jahre reichliche Arbeit. Redner verweist dann auf den Antrag des Zentrums, den der Reichstag im vorigen Jahr nicht mehr erledigen konnte, trotzdem er von der Kommission gebilligt worden war. Der Reichstag hat aber einen Antrag gestellt wegen einer neuen Konkursstatistik, welche auch vom Bundesrath angeordnet worden ist. Wenn die Statistik aber eine wertvolle Grundlage

für die Gesetzgebung bilden soll, muß die Persönlichkeit des Gemeinschuldners festgestellt werden, damit die professionsmäßigen Konkursfeger gefaßt werden. Redner fragt schließlich, ob noch im Laufe der Session der Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb dem Reichstage zugehen wird.

Staatssekretär Niederding: Der Bundesrath hat in An-schlusse an die Resolution des Hauses vom vorigen Jahre eine Konkursstatistik erhoben, aber nicht ohne Bedenken; er war zweifelhaft, ob von einer solchen Statistik praktische Erfolge zu erwarten seien. Es konnte auch die dadurch entstehende Belastung der Gerichte nicht außer Betracht bleiben. Sie ist daher auch nicht in dem vom Reichstage gewünschten Umfange erhoben worden, sie ist auf diejenigen Punkte beschränkt worden, von denen man sich fruchtbringendes Ergebnis versprach. Eine Erweiterung in dem vom Vorredner gewünschten Sinne kann ich nicht in Aussicht stellen. Was die Konkursordnung betrifft, so wird auf diese das bürgerliche Gesetzbuch auch seine Wirkung ausüben, und es werden entweder in einem Ausführungs-gesetz oder in einem besonderen Gesetz diejenigen Aenderungen zusammen zu fassen sein, die der Erlaß des bürgerlichen Gesetzbuches nöthig macht. In demselben werden auch diejenigen Fragen ihre Erledigung finden, die vom Zentrum im vorigen Jahre gewünscht sind. Ein Resultat über die Ermittlungen, inwieweit eine Aenderung nothwendig sei, liegt dem Reichsjustizamt noch nicht vor. Was den Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb betrifft, so sind die Arbeiten noch nicht zum definitiven Abschluß gelangt. Ob er noch in dieser Session an das Haus gelangt, kann ich nicht sagen.

Abg. Bech (fr. Vp.) spricht von der bedingten Verurtheilung und scheint dieselbe zu empfehlen.

Abg. Enneccerus (nl.): Die gesetzgeberischen Aufgaben, welche der Staatssekretär dem Hause vorgeführt hat, könnten einen gewissen Schrecken hervorgerufen haben. Aber jeder, der sich mit der Sache beschäftigt hat, wird wissen, daß eine Neu-regelung des bürgerlichen Rechts auch auf die anderen Gesetze einen Einfluß ausüben wird. Bundesrath und Reichstag werden sich bei dieser Gesetzgebung eine grobe Beschränkung auferlegen müssen und sich der Aenderungen außer in ganz wichtigen Fragen enthalten müssen.

Abg. v. Strombeck (3.) empfiehlt nochmals seinen Antrag als einen, der dem dringlichsten Bedürfnisse entspricht.

Abg. v. Salisch (nl.) kommt auf seine frühere Beschwerde wegen der Ueberlastung der Stabesbeamten mit statistischen Angaben u. s. w. zurück und verlangt eine Vereinfachung der Formulare und die Regelung mancher noch nicht geregelter Fragen. Ueber das Kassenwesen und die Aktenführung bestanden noch keine Vorschriften. Es sind von den Stabesbeamten jährlich 3 000 000 Akten einzutragen; da von jedem mindestens zwei Abschriften gemacht werden, so handelt es sich um 10 Millionen Urkunden; eine Zeitersparniß von wenigen Minuten durch Vereinfachung der Formulare ergibt also insgesamt eine sehr große Zeitersparniß.

Staatssekretär Niederding: Ich habe eine wohlwollende Prüfung zugefugt; ich habe aber nicht den Eindruck gewonnen, daß bei den Bundesregierungen nach den Richtungen hin, die der Vorredner angeregt hat, der Wunsch einer einheitlichen Regelung besteht. Die Reichs-Justizverwaltung hat es infolge dessen abgelehnt, einheitliche Vorschriften zu erlassen. Ich möchte dem Vorredner zur Erwägung anheim geben, zunächst die preussische Regierung zu überzeugen, daß hier ein Bedürfnis zur Aenderung vorliegt. So lange ein so wichtiger Faktor wie Preußen eine einheitliche Regelung nicht für nothwendig hält, wird die Justizverwaltung ihrerseits nicht vorgehen.

Abg. Spahn (3.) wünscht, daß dem Reichstage eine kurze Mittheilung gemacht werde über die in anderen Staaten mit der bedingten Verurteilung gemachten Erfahrungen. Redner verweist darauf, daß die Ausnahmen von Bestimmungen über die Geschließungen und Geschiedungen in das bürgerliche Gesetzbuch dasselbe für das Zentrum unannehmbar machen würde.

Staatssekretär v. Niederding: Auf diese Anregung kann ich die Zufage ertheilen, daß dem Reichstag in der nächsten Session eine Denkschrift vorgelegt werden wird, welche in übersichtlicher Form die Erfahrungen, die in den Nachbarländern mit der bedingten Verurteilung gemacht worden sind, mittheilt.

Abg. Bachem (3.) behauptet, daß der Staatssekretär es abgelehnt hat, über die Persönlichkeit der Gemeinschuldner in der Konkursstatistik Mittheilung zu machen. Die Gründe dafür sind nicht juristischer, sondern wirtschaftlicher Art; die Gründe sind auch von der Kommission im vorigen Jahre anerkannt worden durch die Annahme mehrerer Anträge des Zentrums. In der Kriminalstatistik wird schon unterschieden nach der Religion; warum soll beim Konkurs nicht eine gleiche Statistik aufgemacht werden?

Abg. Enneccerus (natl.) hält es im Anschluß an die Bemerkung des Abg. Spahn für unzuweckmäßig, das bürgerliche Gesetzbuch mit einer Last, mit Bestimmungen über die Geschließungen und -Scheidungen, zu beschweren, die dasselbe verzögern und gefährden könnten.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird darauf bewilligt und der Antrag v. Strombeck angenommen.

Die übrigen Ausgaben und die Einnahmen werden ohne weitere Debatte bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichs-Eisenbahn-Amts, dessen unveränderte Bewilligung die Budgetkommission vorschlägt.

Auf eine Anregung des Referenten Abg. Hamacher erklärt der

Direktor des Reichs-Eisenbahn-Amts Schulz, daß der gegenwärtige Zustand der Zollabfertigung speziell im Verkehr mit Ausland keineswegs als eine Wirkung des internationalen Uebereinkommens betrachtet werden kann. Auf der Berner Konferenz wurde in erster Linie eine Bestimmung angenommen, nach der für die Beforgung der Zollabfertigung eine Mittelperson bezeichnet werden durfte. In der zweiten Lesung wurde diese Bestimmung abgelehnt. Wir hoffen, daß bei der demnächst stattfindenden internationalen Konferenz die deutschen Wünsche auch von anderer Seite kräftige Förderung erfahren werden; denn die jetzigen Bestimmungen für die Zollabfertigung sind in der That mangelhaft.

Abg. Stolte (Soz.): Nach Art. 42 der Reichsverfassung sollen die Bundesregierungen die deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehrs wie ein einheitliches Netz verwalten und auch die neuen Bahnen nach einheitlichen Normen anlegen und ausrüsten lassen. Nach Art. 45 soll das Reich namentlich dahin wirken, daß baldigst auf allen deutschen Eisenbahnen übereinstimmende Betriebsreglements eingeführt werden und daß die mögliche Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife erzielt wird. Donach frage ich das Reichs-Eisenbahnamt: welche Maßnahmen sind getroffen worden, um diese Bestimmungen zur Geltung zu bringen? Im vorigen Jahre wurde dem sächsischen Landtag von der sächsischen Regierung berichtet, daß der Versuch einer Verständigung über die Personentaxen auf den deutschen Eisenbahnen als gescheitert zu betrachten sei, zumal einzelne Einzelstaaten mit Tarifänderungen vorgegangen seien, welche eine Uebereinkunft erschwerten. Welche Gründe haben es veranlaßt, daß eine Einigung über einheitliche Tarife nicht zu stande gekommen ist? Die Konferenz hat doch sicherlich nicht ohne Hinzuziehung eines Vertreters des Reichs-Eisenbahn-Amtes stattgefunden. Ist jemals seitens des Reichs-Eisenbahn-Amtes der Versuch gemacht worden,

einheitliche Betriebs-Reglemente und eine Herabsetzung der Tarife zu erreichen? Bis jetzt haben wir davon noch nichts bemerkt. Im Gegenteil, nach der Erklärung des preussischen Eisenbahnministers im Abgeordnetenhaus besteht im Personen-Tarifwesen auf den deutschen Eisenbahnen ein Zustand, den er ein reines Konglomerat nannte. Damit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Das Tarifwesen ist nicht, wie die Verfassung vor 27 Jahren bestimmte, niedriger gestellt worden, die Eisenbahnverwaltungen haben es im Gegenteil sogar in die Höhe geschraubt. Man hat an Stelle von Personenzügen Schnellzüge eingeführt und sich für eine um wenige Minuten vergrößerte Fahrgeschwindigkeit enorme Zuschläge zahlen lassen. Ebenso hat man es mit den Harmonisationsgema. Rechtfertigt es sich aus Art. 45 der Verfassung, daß man für die Schnellzüge so erhebliche Fahrpreise nimmt? Auch in bezug auf die Betriebsreglemente besteht das Gegenteil von dem, was man Einheitlichkeit nennen kann. Während alle anderen Staaten im Tarifwesen Fortschritte gemacht haben, stehen wir noch auf dem alten Standpunkte wie vor 27 Jahren. Ungarn hat den Zonen-Tarif eingeführt, Oesterreich die Kilometer-Tarife, Holland und Belgien haben ihr Tarifwesen reformiert, im letzten Jahre ist sogar das wirtschaftlich zurückstehende Rußland mit einer bedeutenden Tarifreform vorgegangen. Wir stehen beschämt da vor den anderen Staaten. Im Interesse von Handel und Verkehr müssen wir Reformen durchführen. Auch auf eine Reform der Frachttarife müssen wir bedacht sein. Nach Artikel 45 der Verfassung soll bei größeren Entfernungen für den Transport von Kohlen, Roheisen, Holz, Stein, Salz, Mehl, Düngungsmitteln und ähnlichen Gegenständen ein dem Bedürfnis der Landwirtschaft und Industrie entsprechender Tarif eingeführt werden. Sind wir diesen Bestimmungen nachgekommen? Im Gegenteil, es ist unter den deutschen Staaten ein Konkurrenz-Lampf eingetreten, der besonders lähmend auf Industrie und Landwirtschaft wirken muß. Die einzelnen Eisenbahnverwaltungen erschweren sich unter einander den Verkehr und ein Land setzt das andere zurück. Die Handels- und Gewerbetreibenden von Blauen hat sich z. B. 1893 über die Zurücksetzung der sächsischen Interessen in bezug auf die Baumwollentarife beschwert über die preussische Eisenbahn-Verwaltung. Bei der Verachtung nach Hamburg haben die sächsischen Interessenten auf den preussischen Bahnen nicht dieselben Frachtermäßigungen wie die Interessenten in Bayern, die 3-400 Kilometer weiter liegen. Die Generaldirektion der Eisenbahnen in Dresden hat dagegen nichts machen können. Ist das etwa ein Zeichen von Bundesfreundlichkeit? Erst im letzten Jahre hat die sächsische Regierung es durchgesetzt, daß die Ermäßigung der preussischen Frachtsätze nach Schlesien und Bayern auch Sachsen zu gute gekommen ist. Artikel 43 der Verfassung schreibt vor, daß Reich hat dafür zu sorgen, daß die Eisenbahn-Verwaltungen die Bahnen jederzeit in einem die nötige Sicherheit gewährenden baulichen Zustande erhalten. Dazu gehört auch der Schutz von Leben und Gesundheit der Passagiere. Wie sollen aber die Beamten in Prokt und Hitze die erforderliche Wachsamkeit üben, wenn sie 14-16 Stunden ununterbrochen im Dienst sind. Von der Wachsamkeit der Bahnbeamten hängt aber Wohl und Wehe von hunderten und tausenden von Passagieren ab. In hygienischer Beziehung bleibt noch vieles zu wünschen übrig. Fahren Sie an einem warmen Sommertage von Dresden über Bitterfeld nach Berlin, so sehen Sie staubiger aus, als wenn Sie durch die Wüste Sahara reisen, und im Winter zieht der Schnee durch alle Ritzen. Man kann von Glück sagen, wenn man auf dem Anhalter Bahnhof einen sächsischen, bayerischen oder württembergischen Wagen erwirft, da ist's bedeutend besser als in preussischen zu fahren. Die Bahnen sollen nicht in erster Linie hohe Ueber-schüsse abwerfen, sondern Handel und Verkehr dienen. Wenn wir sehen, daß im vergangenen Jahr auf den bayerischen Bahnen 2 pCt., auf den preussischen 1 pCt. und auf den sächsischen Staatsbahnen gar keine Verunglückungen vorgekommen sind, so ist dies lediglich darauf zurückzuführen, daß Sachsen noch einen Stamm von Bahnbeamten, die von der Pflanz auf gedient haben, besitzt. Majors und Hauptleute mögen schneidige Offiziere gewesen sein, aber sie sind keine geeigneten Stations-Chefs, Feldwebel mögen gute Unteroffiziere gewesen sein, aber sie verstehen nicht den Pack- und Zugdienst. Freilich nach einem konservativen Redner hat der liebe Gott in Sachsen die Unfälle verhütet; hat er auch die 2 pCt. Unfälle in Sachsen zugelassen? die Arbeitszeit der Beamten muß reduziert und wie bei den Fabriken eine Inspektion eingerichtet werden, welche über das Wohl und Wehe der Bahnarbeiter und Beamten zu wachen hat. Wir alle, ohne Unterschied der Parteien, haben die heiligste Aufgabe, auf diesem Gebiete auch Reform des Eisenbahnwesens zu erstreben. Einzelne Staaten haben Reformen auf dem Gebiete des Tarifwesens angebahnt. An Stelle der Einheitlichkeit ist nun aber ein Konglomerat von Ausnahmestimmungen getreten. (Präsident v. Levetzow: Wir haben es hier nur mit den Reichs-Eisenbahnen zu thun.) Die Bahnen unterstehen aber doch der Aufsicht des Reichs-Eisenbahnministers. (Präsident v. Levetzow: Ich glaube nicht, daß das Reichs-Eisenbahnamt auf die Tariffrage einen wesentlichen Einfluß hat.) Die Personen- und Frachttarife müssen einheitlich geregelt werden. Der jetzige Zustand in den Einzelstaaten widerspricht der Reichsverfassung und dem Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit. Was soll es heißen, wenn einzelne Bahnen durch billige Annahme von Wählern den Wohlhabenden es erleichtern, eine Badereise zu machen, während Arbeiter, Handwerker und Bauern gar nicht in der Lage sind, eine Badereise zu machen. Das einzig Richtige und Gerechte ist die Einführung allgemeiner billiger Personen- und Frachttarife. Ich will versuchen, ob ich bis zur dritten Lesung diesen Gedanken in Form eines Antrages zum Ausdruck bringen kann. Wir dürfen hinter anderen Staaten nicht zurückbleiben. Freie Bahn für Handel und Verkehr! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichs-Eisenbahnministers Schulz: So schlimm, wie der Vorredner es darstellt, sieht es im Eisenbahnwesen des Deutschen Reiches nicht aus; dasselbe befindet sich vielmehr in einer recht erfreulichen Fortentwicklung. Daß das Reich nicht dazu übergehen kann, die Tarife festzusetzen, das liegt in der Verfassung, das wird nicht gehen, denn die Eisenbahnen sind im Besitz der verschiedenen Staaten und von Privaten. Das Reich würde sich einen unberechtigten Eingriff zu schulden kommen lassen, wenn es die Tarife regelte. Aber es giebt ein einheitliches Gütertarif-Schema und dadurch ist die Benutzung der Eisenbahnen außerordentlich erleichtert. Die Gütertarife sind nahezu übereinstimmend. Daß die Eisenbahnen sich günstig entwickelt haben, zeigt der Umstand, daß die Einnahmen aus dem Personenverkehr um 50 pCt. gestiegen sind bei einer Ermäßigung der Tarife um 15 pCt. und aus dem Güterverkehr um 25 pCt. bei einer Ermäßigung der Tarife um 14 pCt. Die Dienstzeit der Beamten soll alles Maas überschreiten, und dadurch soll Unsicherheit des Betriebes entstehen. Das Reichs-Eisenbahnamt hat stets eine Verklärung der Dienstzeit der Beamten angestrebt. Seit mehreren Jahren sind keine Beschwerden in dieser Beziehung mehr eingelaufen. In bezug auf die Tarife für Baumwolle von den Seehäfen nach Sachsen ist Abhilfe geschaffen worden.

Abg. Szmuß (Z.): Die deutschen Eisenbahnen sind viel besser als die französischen und italienischen. In einem Wagen erster Klasse in Frankreich oder England fährt man viel schlechter als bei uns in zweiter Klasse. (Zustimmung rechts.) Welche Wohlthaten genießen die Arbeiter durch billigere Fahrpreise! Abg. Bachmick (fr. Bg.): Es wird doch notwendig sein, den Reichs-Eisenbahnbeamten einen größeren Einfluß zu verschaffen. Die Stellung des Amtes hat sich nach der stillen, der präsidienlosen Zeit gehoben; aber es müßte doch dafür gesorgt werden, daß das Amt eingreifen kann zur Herbeiführung

eines einheitlichen und billigen Tarifs. Die anderen Staaten sind in ihrer Reform der Tarife schneller vorwärts gekommen. Aber der Widerstand gegen die Reform liegt weniger bei der Eisenbahnverwaltung als im Kasernenwäldchen. Der Verein „Jontentaris“, dessen Vorschläge man ja nicht zu billigen braucht, hat jedenfalls das Verdienst, daß er die Frage in Fr. 3 gehalten hat.

Abg. Stolte (Soj.) hält die Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten immer noch für zu lang. Finanziell und fiskalisch würden die Bahnen zwar sehr gut verwalten, aber nicht im Interesse des Verkehrs und der Industrie. Der Redner spricht fortgesetzt zu dem rechts von ihm stehenden Präsidenten des Reichs-Eisenbahnministers, dreht dabei der Journalistentribüne den Rücken zu und bleibt daher unverständlich. Eine genaue Berichterstattung unter diesen Umständen ist nicht möglich.

Abg. Gamp (Np.): Da die Tarife nicht zur Kompetenz des Reichs-Eisenbahnministers gehören, so können wir uns nicht damit beschäftigen. Herr Bachmick sollte zu seinem Tarifversuche nicht die preussische, sondern die mecklenburgische Eisenbahn benutzen, da er ja Vertreter von Mecklenburg ist. Herr Stolte sollte bedenken, daß durch die Ueber-schüsse der preussischen Eisenbahnverwaltung es möglich geworden ist, die Einnahmen unter 900 M. Steuern zu lassen.

Der Etat des Reichs-Eisenbahnministers wird genehmigt. Schluß 5/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Nest des Postetats betreffend die Dienstalterstufen; Etat der Reichs-eisenbahnen; Etat der Zölle und Verbrauchsteuer.)

## Parlamentarisches.

Die Kommission zur Verabreichung der Gewerbeordnungs-Novelle (Wandergewerbe) hielt am Mittwoch Abend die Debatte über den § 44 Abs. 3 fort. Nach diesem Paragraphen sollen die Detailarbeiten als Hausierer behandelt werden. Von dem Abg. Haffe ist beantragt, den Weinhandel und den Buchhandel auszunehmen, während der Abg. Braun (Z.) beantragt, auch die dem Bundes-rath zustehende Befugnis, wonach für einige Gewerbe Ausnahmen gestattet werden können, zu streichen.

Bachmick (fr.) stellt den Antrag, auch das Leinwandgewerbe und die Konfektion von dieser Bestimmung auszuschließen. Von dem Abg. Hollenfer wird folgende Resolution gestellt:

Dem Reichstage vorzuschlagen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß für die Fälle, in denen die Bestimmungen der § 44 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung zuläßt, die Leinwandindustrie und der Weinhandel vorzugsweise zu berücksichtigen sind. Hierzu beantragt der Abg. Haffe, hinter „Weinhandel“ auch „Buchhandel“ einzufügen. Nach einer längeren Debatte wird die Regierungsvorlage und die Resolution Hollenfer ohne den Zusatz Haffe angenommen.

Im § 55 will der Antrag Gröber und Genossen auch die am Orte ansässigen Hausierer zur Lösung des Wandergewerbescheines verpflichten.

Dieser Antrag wird abgelehnt mit dem Hinweis, daß bereits diese Kategorie der Hausierer nach der neuen Bestimmung einer Erlaubnis bedürftig. Der § 56 der Regierungsvorlage birgt eine weitere Beschränkung des Hausierhandels. Es sollen ausgeschlossen werden vom Gewerbebetrieb im Umherziehen: Bäume aller Art, Sträucher, Sämereien und Blumenzwiebeln, Schnitt- und Wurzelkräuter und Futtermittel.

Frank (nat.) will die Sämereien aus der Bestimmung ausschließen. Der Antrag wird abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Aus der Justizkommission. In der Donnerstag-Sitzung drehte sich die Debatte lediglich um die von der Regierung vorgeschlagene Abänderung des § 112 Str.-G.-B., wonach es als ein weiterer Fallgrund gelten sollte, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen geschlossen werden konnte, daß der Angeklagte seine Freiheit zur Begehung neuer strafbarer Handlungen mißbrauchen werde. Diese geplante Verschlechterung des bestehenden Gesetzes wurde schließlich mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

## Lokales.

Die Behandlung politischer Gefangener in Plöhensee scheint nachgerade eine Art annehmen zu wollen, die denn doch ein wenig mehr, als bislang, das Interesse der Öffentlichkeit in Anspruch nehmen sollte. Vor kurzem hatten wir erst in einer längeren Schilderung von den Anstalts- und Scheuerfesten zu berichten, die in unserem Anstaltsgefängnis der Männer und Frauen horten, welche bei Behandlung ihrer eifrigen Ueberzeugung sich in den Räumen deutscher Strafgefangener befinden. Wir nahmen bei dieser Darlegung auch bezug auf die Pressensur, die den politischen Gefangenen gegenüber geübt wird, und konstatirten, daß es diesen Männern nicht erlaubt sei, irgend ein politisches Tagesblatt außer dem — „Reichs-Anzeiger“ zu lesen.

Doch auch das scheint jetzt anders geworden zu sein, selbstverständlich im Sinne der Verschlechterung. Denn unserem Genossen, Reichstags-Abgeordneten Schippel, der dieser Tage aus Plöhensee entlassen wurde, ist die Auslieferung des „Reichs-Anzeigers“, auf den er abonniert war, während seiner dreimonatlichen Haft verweigert worden. Ja, es wurde ihm, dem Abgeordneten, nicht einmal gestattet, die Drucksachen eben desselben Reichstages in Empfang zu nehmen, dessen Mitglied er denn doch zum Glück selbst hinter Kerlermauern noch ist.

Wir wissen nicht, wie der Reichstag als in betracht kommender Faktor sich zu diesem, für die gegenwärtigen Zustände in unserem armen Vaterlande bezeichnenden Fall stellen wird. Wir glauben nicht, daß das Parlament irgend eines freien Landes es leiden würde, daß eines seiner Mitglieder auf solche Weise verhindert wird, sich über die notwendigsten Vorgänge im parlamentarischen Leben zu orientieren.

Zwar es ist schon, daß in Deutschland Plöhensee vor dem Parlament geht, als noch nicht dagewesen dort man es unseres Wissens aber bezeichnen, daß ein Mitglied des deutschen Reichstages während dreier Monate von einer Gesängnisverwaltung verhindert wird, selbst in aller-beschreibenden Maße von den Vorgängen im politischen Leben Notiz zu nehmen.

Die liebe Polizei hatte gestern wiederum der Expedition unseres Blattes einen Besuch abzustatten. Es galt diesmal dem Flugblatt „Sklaverei in Deutschland oder die Rechtlosigkeit des Gefindes und der ländlichen Arbeiter“, das vor etwa einem halben Jahr unter den Landproletariaten verbreitet und von ihnen mit Freuden entgegengenommen worden ist. Die gestrige Haus-suchung verlief völlig resultatlos. Sie hat ihren Ursprung in dem inländischen Post-Schwed a. O., wie die folgende Notiz, die sich in dem dortigen Amtsblättchen findet, erkennen läßt:

Durch Beschluß des königlichen Amtsgerichts hier selbst vom 14. März ist die Beschlagnahme der Druckschrift „Sklaverei in Deutschland, oder die Rechtlosigkeit des Gefindes und der ländlichen Arbeiter“, Verlag der Expedition des „Vorwärts“ (Th. Glocke) Berlin SW., Beuthstr. 2, Druck von Max Wabing, Berlin SW., verhängt worden, weil der Inhalt gegen den § 131 N.-Str.-G.-B. verstößt. — Die städtischen Polizeiverwaltungen, sowie die Herren Amtsvorsteher des Kreises Angermünde werden ersucht, sämtliche Exemplare der Druckschrift, die in letzter Zeit von hier aus in großer

Zahl im Kreise verbreitet worden sind, soweit sie gefunden werden, mit Beschlag zu belegen und aufzubewahren, über das Geschehene aber dem Herrn Ersten Staatsanwalt in Prenzlau direkt kurze Mitteilung zu machen.“

Wir nehmen mit Interesse davon Notiz, daß die starke Verbreitung des Flugblattes behördlich attestiert wird, doch glauben wir unsere submissive Meinung schon jetzt dahin abgeben zu können, daß die mühevollen Recherchen der Polizei auch im Kreise Angermünde kaum auf größeren Erfolg als in Berlin rechnen können. Es ist gar so schwer, dem „Umsturz“ beizukommen.

Die Polizeijour auf dem Friedhofe der Märzgefallenen ist diesmal mit einer Schärfe geübt worden, die selbst unter der Herrlichkeit des Umsturzgesetzes kaum verständlich sein würde. Was mag der Beamte, der die Zensurrolle zu üben hatte, sich wohl gedacht haben, als er die folgende Widmung von dem Kranz der freien Vereinigung selbständiger Barbiers konstatirte: „Das Gesetz ist mächtig, doch mächtiger die Noth“. Oder als er die an dem von der Arbeiter-Bildungsschule gespendeten Kranz befindlich gewesenen Verse sprach: „Umsturz und brutale Macht, den Drang zur Freiheit neu entfacht! Wir glauben, daß selbst die köstliche Korrespondenz sich nicht unterfangen wird, die Wahrheit der beiden konstatirten Sentenzen zu widerlegen. Allerdings ist das Organ des Polizeiministers zum logischen Widerlegen selbstverständlicher Wahrheiten ja auch nicht geschaffen worden.

In unseren der Arbeiter-Bildungsschule findet am Sonnabend im Geyham, Landsberger Allee 40, ein vom Gefangenenverein „Freie Liederhalle“ veranstalteter Liederabend statt, auf den wir unsere Leser hinzuweisen nicht unterlassen wollen. Das gute Programm dieses Konzerts sichert aller Voraussicht nach einen vollen Erfolg, der einem guten Zweck zu statten kommen wird.

Sozialpolitisches aus dem Reiche des Herrn Thien. Die Stadt- und Ringbahn gewährt, wie die „B. Z.“ meldet, denjenigen ihrer Beamten und Arbeiter, deren Wohnung nicht in unmittelbarer Nähe der Dienststelle liegt, die vielmehr eine Strecke der Bahn zu fahren haben, um von der Wohnung zur Dienststelle zu gelangen, den halben Fahrpreis für die dazu nötige Zeitkarte. Eigentümlicherweise ist die wohlverdiente Vergünstigung seit einiger Zeit für eine große Zahl dieser Beamten und Arbeiter durch eine ebenso unberechtigte Benachteiligung aufgehoben worden. Früher konnten die Leute, gerade wie die übrigen Fahrgäste der Stadt- und Ringbahn, Zeitkarten für Theilfahrten lösen. Eine solche Zeitkarte für eine Zehnminutenstrecke kostete für das Publikum 32 Mark jährlich, für die betreffenden Eisenbahnangestellten also 18 Mark, eine Jahreskarte für die ganze Stadt- und Ringbahn 64 Mark, für die Angestellten also 32 Mark. Als die Jahreskarten für das Publikum aufgehoben und durch Monatskarten ersetzt wurden, blieben sie für die Angestellten bestehen, aber mit der Erhöhung, daß Theilfahrtenkarten nicht mehr ausgegeben wurden. Die Leute müßten demnach, wenn sie auch nur bis zur nächsten Haltestelle zu fahren haben, eine Karte für die ganze Stadt- und Ringbahn zum Preise von 32 Mark lösen. Es möge der Vollständigkeit halber erwähnt sein, daß auch die neueste Fahrpreisänderung, die mit dem 1. April in kraft tritt und wesentlich den Vorortverkehr betrifft, für das Eisenbahnpersonal keine Erleichterung bringt.

Die städtische Deputation hat in Fortsetzung ihrer Beratungen über Einführung des elektrischen Straßenbahn-Betriebes in Berlin im Prinzip sich für eine Umwandlung des gegenwärtigen gesammten Pferdebahnebes in ein elektrisches ausgesprochen und sich dahin schlüssig gemacht, daß nach Lage der jetzigen Technik der Betrieb mit oberirdischer Strom-ansleitung das bewährteste Mittel sei zur Erreichung des obigen Zweckes.

Der antisemitische Stadtverordnete Dr. Gentsch hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Veranlassung dazu haben ihm, wie die „B. Z.“ bemerkt, nach seiner Angabe die Vorgänge in der Stadtverordneten-Sitzung vom Donnerstag, den 14. März, in der Dr. Gentschs Angelegenheit gegeben. Von großem Muth zeugt dieser Rücktritt des deutschen Mannes gerade nicht.

Freiheit der Wissenschaft in Preußen. In der Studentenversammlung am 3. Februar war ein Ausschuss eingesetzt worden zur Gründung einer neuen sozialwissenschaftlichen Studentenvereinigung auf breiterer Grundlage. Der Ausschuss hat in einer Reihe von Sitzungen sich über die Formulierung der Statuten verständigt und letztere dann dem Rektor eingereicht. Die Vereinigung ist jedoch nicht genehmigt worden, da Rektor und Senat der Ansicht waren, daß „auf der vorgeschlagenen Grundlage ein entsprechendes Wirken nicht möglich sei“.

Au der Unterrichts-Anstalt des Kunstgewerbe-Museums, Prinz Albrechtstraße 7, beginnt das Sommer-Quartal am 8. April. Die Meldungen dazu sind vom 25. März bis 6. April in der Kanzlei der Unterrichts-Anstalt zwischen 9 Uhr morgens und 2 Uhr nachmittags statt. Neue Schüler können nicht darauf rechnen, auch nach dem 8. April noch zu den Aufnahmeprüfungen zugelassen zu werden. — An der Kunstschule, Klosterstraße 75, beginnt das Sommersemester am 8. April und schließt mit dem 31. Juli. Die Unterrichts-karten werden ausgegeben vom 1. bis 6. April von 9 bis 2 Uhr in der Kanzlei der Anstalt.

Ziemlich ruffisch sieht ein Vorgang aus, der sich im Thiergarten abspielte und über den der „B. Z.“ geschrieben wird: Als ich in vergangener Nacht gegen 1/2 Uhr mit meiner Frau und meinem erwachsenen Sohn in einer Droschke von Noabit durch den Thiergarten nach dem Brandenburger Thor zu fuhr, wurde die Droschke am Schnittpunkte der Siegesallee und der Charlottenburger Chaussee plötzlich angehalten und von außen geöffnet. Im Scheine des Laternenlichts erkannte ich vor mir einen Mann in der Uniform eines Forstbeamten, der im rechten Arm sein Gewehr hielt. Auf meine ersuchte Frage, was es gebe, nannte der Betreffende höflich seinen Namen — ich verstand Nibel — und sagte, daß er beauftragt sei, sämtliche Wagen anzuhalten. Von wem er diesen Auftrag erhalten habe, sagte er nicht. Als ich mich erbot, mich zu legitimiren, lehnte er dieses Anerbieten ab und verlangte nur, daß wir ihm unsere Gesichter zeigten, da er den, auf den er schaute, kenne. Wir thaten dies und konnten hierauf unsere Fahrt fortsetzen. Eine Droschke, die hinter uns herkam, wurde, wie wir merkten, gleichfalls angehalten. Ueber einen gleichen Vorfall berichtet das „Kleine Journal“, das noch hinzufügt, der Mann in Forstbeamtentracht habe angegeben, daß er im Auftrage der Postverwaltung nach einem Ruffen schauende. — Man scheint danach auch dem besserstuirten Publikum kräftig zu Gemüthe führen zu wollen, daß wir in einem Polizeistaate leben.

Dem Fleischschmuggel soll endlich ein Ende bereitet werden und im Interesse der Fleisch-Importfirmen, welche bisher nicht wußten, wo sie das von auswärts in Gebinden bezogene knochenfreie Fleisch untersuchen lassen sollten, ist die polizeiliche Anordnung getroffen, daß vom 1. April d. J. ab sämtliche hier in Berlin der Eisenbahn ankommende Fleisch in der Engros-Markthalle beim Bahnhof Alexanderplatz entladen und bei der dortigen Untersuchungsstation I sofort untersucht und abgestempelt werden muß.

Das Kuratorium der Berliner Unfallstationen hatte vorgestern eine Probe-Marmirung seiner zehn Stationen nach dem böhmischen Braubau vorgenommen, die nach dem vorliegenden Bericht dem Kuratorium die Ueberzeugung verschaffte hat, daß sein Rettungs- und Kranentransport-Apparat auch bei Massenunfällen in genügender Geschwindigkeit und mehr als ausreichender Stärke auf dem Platze sein werde.

Für die ausgeperrten Brauerei-Hilfsarbeiter sind bei der unterzeichneten Kommission als Ueberschuss von einem Märzkranz den Arbeiter der Nähmaschinenfabrik Gr. Rothmann gestiftet haben, 7,80 M. eingegangen. Die Kommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter.

**Eine Spekulation auf die Dummheit.** Glänzende Geschäfte macht eine Frau, die sich als Madame Weber ausgiebt und die größte Künstlerin sein will, die aus der Hand die Eigenschaften der Menschen erkenne. Sie brüht sich mit hohen Bekanntschaften und giebt auch Schönschulunterricht. Es hat sich herausgestellt, daß sie die verehelichte M. geb. D. ist, die wegen Betrugs und dreimal wegen Diebstahls bestraft ist. Sie wohnt Falkenbergstraße 11, allwo sie feine Kleider von Proletariern, sondern von feingeliederten Hohlköpfen beiderlei Geschlechts besetzt wird. Alle Achtung vor solcher Intelligenz!

**Ueber einen Leichenfund,** der am Mittwoch Nachmittag um 2 1/2 Uhr am Salpeter im Landwehrkanal gemacht wurde, wird berichtet: Als man den Leichen fand, ergab sich, daß er eine Schußwunde über dem linken Auge hatte. An seinem rechten Handgelenk war mittels eines rothbunten Taschentuches ein Revolver befestigt, aus dem drei Patronen abgeschossen waren, wie die stehengebliebenen Hülsen nachweisen, während noch drei scharfe Patronen in der Waffe steckten. Der etwa 30 Jahre alt gewordene Mann, dessen Persönlichkeit nicht festzustellen gewesen ist, ist groß und kräftig gebaut, hat dunkles Haar und dunklen Schnurbart, schadhafte Zähne und trug einen blauen Winterüberzieher mit Sammtkragen, staubblauen Futter und schwarzen Hornknöpfen, einen graupunktierten Kammergürtel und langschäftige Stiefel. Er wird zunächst angenommen, daß der Unbekannte sich an dem Ufer des Wasserlaufs einen Schuß beibringen wollte, so daß er in das Wasser fallen mußte.

**Jungen gesucht.** Am 8. Juli vorigen Jahres, dem Tage des Arbeiter-Sängereftes in Schmargendorf, ist der Arbeiter Adolf Thal in Reinickendorf, Provinzialstraße, beim Zusammenstoß eines Dampfzuges mit einem Kreisler schwer verunglückt. Herr Thal bittet die Personen, die Zeuge dieses Vorgangs waren, dringend, sich bei ihm zu melden.

**Auf die Papiere eines Verstorbenen** reiste ein Dieb, in dem die Behörde einen entzündlichen Verbrecher — vielleicht mit Namen B. — vermutet, und der am Mittwoch Morgen auf dem Bahnhof Zoologischer Gärten polizeilich festgenommen wurde. Dort traf ein Mann in der Uniform eines Eisenbahnschaffners mit Pelz ein, der Beamtenkleider aus einem Zimmer stahl und dabei abgefahrt wurde. Auf der Kriminalpolizei gab er sich für den am 17. Mai 1859 zu Frankfurt a. O. geborenen Zimmermann Karl Gensert aus, der Liegnitzerstraße 6 zu Berlin wohne. Zum Beweise der Richtigkeit seiner Angaben zeigte er Ausweispapiere vor. Man war jedoch mit Mißtrauen auf die Uniform mißtrauisch geworden, fragte durch den Draht bei der Berliner Polizei an und erfuhr, daß Gensert bereits am 17. Oktober 1889 im Krankenhaus in Friedrichshagen gestorben war. Trotzdem blieb der Festgenommene auch noch am nächsten Morgen (gestern) bei seiner Behauptung, daß er Gensert sei und brach in Lachen aus, als ihm der vernünftige richtige Name genannt wurde. Festgestellt ist inzwischen, daß der falsche Schaffner am 7. d. M. auf dem Bahnhof in Nieder-Schönweide aus einer Bude den Pelz gestohlen hat, den er trug. Dann hat er sich in diesem Schaffnerpelz nach der Station „Baumschulweg“ bei Treptow begeben, wo er eine Jange zum Durchgehen von Fahrkarten entwendete; ferner verkaufte er auf dem Söblicher Bahnhof zu Berlin sein Jacket mit einem Uniformrock. In dieser Ausübung erwarb er bei einem Ledler am Weinbergsweg eine Eisenbahn-Mütze und zwei stiegende Röder, die er sich als amtliche Abzeichen sofort am Kragen befestigte. In dieser Verkleidung — es fehlte an der richtigen Uniform nur die rote Waise in dem Beinkleid — hatte er auf jedem Bahnhofe unbehindert Zutritt und konnte in unauffälliger Weise Spinnbären begeben. Auf sein Konto werden auch viele Schlafstellen, Diebstähle und Detektivschwindelen gefehlt, die in der letzten Zeit vor Kenntnis der Behörde gelangt sind. Der räthselhafte Mann steht in den dreißiger Jahren, hat schwaches Haar mit Glage, blonden Schnurbart, ein blaßes Gesicht, eine lange, spitze Nase und tritt bestimmt auf.

**Wegen 10 Pfennige.** Weil er eine bereits abgefahrene Karte einer Frau verkauft hatte, ist ein Omnibusfahrer, der Jahre lang auf der Strecke Götlicher Bahnhof—Stettiner Bahnhof im Dienst war, auf der Stelle entlassen worden. Zu derartigen Unredlichkeiten würden die Bediensteten weniger angereizt werden, wenn die Gesellschaft ihnen für eine nimmermehr ausgedehnte Arbeitsleistung nicht einen sommervollen Lohn zahlte.

**Polizeibericht.** Am 20. d. M. nachmittags wurde in der Gartenstraße ein Arbeiter mit einer anscheinend von einem Falle herrührenden bedeutenden Verletzung am Kopfe aufgefunden und nach dem Krankenhaus gebracht. — In der Potsdamerstraße wurde abends ein Mann von einem anderen absichtlich angerannt und niedergestossen. Er erlitt dabei eine erhebliche Verletzung an der Stirn. Der Thäter entfloh. — Im Hause Frankfurter Allee 138 fand ein kleiner Brand statt.

#### Witterungsübersicht vom 21. März 1895.

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) 10 U. — 40 U.
Swinemünde	756	SW	4	wolkenlos	1
Hamburg	760	SW	3	halb bedekt	2
Berlin	758	SW	4	heiter	0
Biesbaden	763	N	2	wolkenlos	1
München	762	SW	2	wollig	-1
Wien	758	SW	5	Schnee	1
Saparanda	752	NO	4	halb bedekt	-10
Petersburg	—	—	—	—	—
Coel	761	SW	3	halb bedekt	9
Aberdin	754	SW	1	bedekt	6
Paris	763	SO	1	bedekt	7

#### Wetter-Prognose für Freitag, 22. März 1895.

Zunächst etwas wärmeres Wetter mit mäßigen bis frischen westlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Niederschlägen, nachher auflärend und etwas kälter.

Berliner Wetterbureau.

## Gerichts-Beitung.

Gegen den Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Siechle, wurde vor der 145. Abtheilung des Schöffengerichts eine Verleumdungsklage verhandelt, welche der Kaufmann Wertheim, Inhaber des bekannten Bazar, gegen ihn angestrengt hatte. Die genannte Zeitung hatte in einem Artikel erzählt, daß der Kläger bei einem Fabrikanten 20 000 Geldbörsen à 1 M. bestellt, dann aber wegen angeblicher Fehler die Abnahme der Waare verweigert habe. Darauf sei ein Beauftragter von Wertheim bei dem Fabrikanten erschienen und mit demselben in Unterhandlung getreten, die mit dem Ergebnis geendet habe, daß die Börsen nun für einen Preis von 60 Pf. das Stück an Wertheim abgelassen wurden. In dem Artikel wurde diese Art des Geschäftsbetriebes aufs schärfste verurtheilt. Im Termine erbot sich der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Meschelohn, den Beweis zu liefern, daß die ganze Geschichte, die dem Artikel zu Grunde lag,

unwahr sei. Dies würde der betreffende Ressortchef der Firma Wertheim bestätigen. Der Beklagte behauptete zwar, daß der Vorfall doch wahr sei, er könne aber den betreffenden Fabrikanten nicht namhaft machen und müsse deshalb auf Antritt des Wahrheitsbeweises verzichten. Der Gerichtshof verurtheilte unter diesen Umständen auf jede Beweisaufnahme und verurtheilte den Beklagten zu einer Geldstrafe von 200 M.

**Ein umfangreicher Prozeß wegen Brandstiftung** in beträgerischer Absicht begann heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts II. Aus der Untersuchungshaft wurde der 35jährige Kaufmann Georg Rosenheim vorgeführt, welcher beschuldigt ist, sein in Oranienburg in der Bernauerstraße gelegenes Haus in Brand gesetzt zu haben. Es sind gegen 60 Zeugen und Sachverständige geladen, der Zuhörerraum wurde zum Theil von Oranienburger Einwohnern in Anspruch genommen. Der Angeklagte betrieb ein Geschäft mit Stoffen und fertiger Herrengarderobe. Am Vormittage des 9. Dezember v. J., einem Sonntage, brach in dem Laden des Angeklagten Feuer aus und zwar unter Umständen, welche bei der Behörde den Verdacht erweckt haben, daß eine vorsätzliche Brandstiftung vorliegt. An dem fraglichen Sonntage war die Ehefrau des Angeklagten schon früh nach Berlin geehrt. Der Angeklagte giebt an, daß er erst gegen 9 Uhr morgens aufgestanden sei. Seine Verkäuferin habe ihm zugerufen, daß sie sich ebenfalls entferne. Er habe sich dann in den Laden begeben und nach Abfertigung eines seiner Gesellen habe er die aus Holzblenden angefertigten Läden soweit herabgelassen, daß etwa ein Drittel der Schaufenster und der Thür frei blieb, welcher mit Vorhängen verdeckt wurde. Er habe dann sämtliche Zugänge zum Laden verschlossen und sich nach der Wohnung eines Bekannten begeben, der etwa 10 Minuten von ihm entfernt wohnte. Hier sei er durch seinen Lehrling schon nach etwa einer Viertelstunde abgerufen worden durch die Schreckensbotschaft: „Es brenne in seinem Laden“. Er sei nach Hause geehrt und bald darauf auch die Feuerwehr erschienen, welche den Brand löschte. Es schien auffällig, daß das Feuer besonders die Stoffe, die in den oberen Regalen lagen, angegriffen hatte. Eine Erklärung, wie das Feuer entstanden war, war nicht zu finden, denn die von dem Angeklagten geltend gemachte Annahme, daß eine Kohle aus der nicht völlig schließenden Ofenthüre hinausgefallen sei und auf dem Boden liegende, leicht brennbare Stoffe entzündet habe, hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Der Angeklagte soll sehr hoch verehrt gewesen sein, das Waarenlager war mit 9000 M., die Ladeneinrichtung mit 1000 M. und das Mobilar mit 7000 M. versichert. Der Angeklagte, der bereits vor einigen Jahren mit seinen Gläubigern einen Vergleich hatte abschließen müssen, soll sich vor dem Brande fortwährend in Geldverlegenheit befunden haben, der Gerichtsvollzieher soll ein häufiger Besucher bei ihm gewesen sein. Der Angeklagte soll seiner Liebhaberei, der Beschäftigung, bedeutende Opfer gebracht haben, ein Freund des hohen Spiels und ein fleißiger Besucher der Kneipplage gewesen sein.

Der Angeklagte bestritt mit aller Entschiedenheit, daß er den Brand vorsätzlich verursacht habe. Allerdings habe er sich manches Mal verlagern lassen müssen, aber so schlimm sei seine Lage keineswegs gewesen, daß er zur Brandstiftung hätte greifen müssen.

In dieser Sache beantragte schließlich der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, auf welche nach längerem Plaidoyer der Verteidiger Seeger und Dr. Sello die Geschworenen auch votirten. Der Angeklagte wurde freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen. Ausschlaggebend für dieses Verdict war das Gutachten der Sachverständigen, welche zwar einerseits Spiritus in den Tuchstoffen gefunden haben, andererseits aber bekundeten, daß solche Stoffe mit Spiritus-Produkten präparirt werden.

## Vermischtes.

**Die Dynamitexplosion bei Reken** — eine Folge der Ausbeutungssucht und der Profitwuth! Ueber die gestern von uns erwähnte furchtbare Katastrophe wird uns eine Extra-Ausgabe des Bürgerblattes zu Emmerich zugefleht, in der auf schlagendste dargelegt wird, daß das Unglück, das einer ganzen Reihe Menschen das Leben gekostet hat, hätte vermieden werden können, wenn die kapitalistische Sucht nach billiger Arbeitskraft sich hätte bezähmen lassen. Es werden folgende Einzelheiten berichtet:

Ein furchtbares Unglück hat sich eine Stunde unterhalb unserer Stadt beim „Schärfel“ an der jenseitigen Rheinseite ereignet. Das Dynamit, welches dort lagert, sollte gestern Morgen auf 7 dazu bestimmte Schiffe verladen werden. Die Verladung ging ohne Unfall bis gestern Abend 6 Uhr von statten. 6 Uhr 10 Min. erhöhte die Erde und ein furchtbarer Knall erschütterte die ganze Gegend stundenweit. Auf dem Schiff „Elisabeth“, einem Dampfer, der mehr als zur Hälfte beladen war, kam das Dynamit zur Explosion. Das Schiff flog, in tausend und abertausend Atome zerstückt, in die Luft, Tod und Verderben bringend für alle darin Beschäftigten und die Umstehenden. In dem explodirten Schiffe waren die Arbeiter mit dem Verfluchen der Risten beschäftigt, von diesen Personen ist niemand mehr am Leben, im Umkreise von 200 Metern liegen ihre Gliedmaßen und Körperteile — Arme, Finger, Kopfhäute, Beine am Uferstrande zerstreut. Die Namen dieser Arbeiter sind Matthias Jündorf, Josef Kranz, Matthias und Hubert Ruchenberg und Heinrich Dieß, sämmtlich aus Porz bei Köln. Der Bruder des Matthias Jündorf war gerade eben vom Schiffe ans Land gegangen, er sagte dem Schreiber dieses, daß er vier bis fünf Mal auf der Erde umgeschlagen sei und sonst nichts gemerkt habe. Nach seiner Ansicht sind ca. 1400 Risten im Schiff verpackt gewesen. Bestier des Schiffes „Elisabeth“ war der Schiffer Reimer aus Mülhingen, er führte dasselbe allein mit seinem Knecht, beide sind verschwunden. Der Schiffer Vermaas, der mit seinem Schiff „De Hoop“, welches noch leer war, neben der „Elisabeth“ lag, liegt 30 Schritte von der Stelle entfernt, unmittelbar am Uferende, die Leiche ist entsetzlich zugerichtet. Frau Vermaas wurde in weitem Bogen vom Schiffe ans Land geschleudert, sie lebt noch, die Tochter dagegen liegt 100 Schritte von der Explosionsstelle entfernt todt. Der Sohn, ein 25jähriger junger Mann, liegt als kaum erkennbare Leiche am Ufer, das Schiff selbst liegt zertrümmert am Ufer. Der Eigentümer Vermeeren aus Gent ist schwer verwundet nach Cleve gebracht, seine Frau und sein Knecht, ebenfalls aus Gent, sind ebenfalls getödtet und noch nicht aufgefunden. Wunderbar errettet wurde der Schiffer Drevers mit Familie aus Mülhingen. Derselbe war vorn in seinem Schiff „De Zuiv“ beschäftigt, welches noch nicht geladen hatte, er hat außer einigen Pfaffen und Stößen, die er durch das Einschlagen des Oberdeckes erlitt, keinen Schaden genommen. Die Tochter Helene sah mit ihren Brüdern von 16 und 8 Jahren in der Ruff, sie alle kamen mit dem Schrecken davon, obgleich die ganze Ruff eingedrückt wurde und sie förmlich aus den Trümmern herausgerochen werden mußten. Der kleine achtjährige Junge lag heute Morgen bleich vor Schreck in seinem armeneligen Bettchen, das rund mit Trümmern umgeben war, er konnte kaum sprechen, der Schrecken hatte den kleinen gelähmt. Die so wunderbar Geretteten bekunden, daß sie plötzlich starkes Säusen gehört haben, dem unmittelbar ein gewaltiger Knall folgte. Sie hätten nicht athmen können. Das das Unglück nicht ein größeres geworden ist, grenzt an Wunderbare. Die Hälfte des Dynamits liegt noch auf dem Hügel verpackt unter Stroh und Decken. Um diesen Hügel herum in unmittelbarer Nähe sind viele Löcher entstanden durch dahingeschleuderte Dynamitstücken, die daselbst explodirten. Neben diesem Berge von Risten stand treu auf seinem Posten der Gondarm Gejörski aus Calcar. Der Helm wurde ihm vom Kopfe gerissen und weit durch die Luft geschleudert, er selbst

wurde zu Boden geworfen, nahm aber sonst keinen Schaden. Der Strommeister Engel war auch auf der Unglücksstelle, auch er blieb von Verletzungen verschont. Gesamtzahl der Getödteten dreizehn, der Verwundeten vier. Die Gefahr ist mit dieser Explosion leider nicht geschwunden, im Gegentheil, sie ist größer, wie bisher. Voll geladen liegen im Wasser die Schiffe „Der Gebroeder“ und „Grete“ am Ufer. Ersteres Schiff ist gesunken und liegt auf dem Boden fest. Der heilige Wellenschlag röhrt die Risten gegen einander und die Situation ist dadurch außerordentlich gefährdet. Das Dynamit stammt aus Opladen. Die Ueberladung des Dynamits hatte in Akford übernommen der Borarbeiter Matthias Ruchenberg. Er ist verunglückt. Aber schwere Vorwürfe werden diesem Arbeiter gemacht. Er war, wie die vier Wachmeister sagen, die mit der Ueberwachung betraut waren, ein großhüender Mann. Auf die Vorhaltungen, die ihm der Wachmeister Busch machte, er möge doch vorsichtig sein, hatte er großsprecherische Worte. „Ei was! da ist keine Gefahr dabei. In 24 Stunden muß alles in die Schiffe.“ Mit einem Hurrah ging es dann mit den Schiebläden über und neben die Bretter, wobei er rief: „das muß man kennen!“ Er hantierte mit den Risten, als wenn es Spielbälle wären. Derselbe Wachmeister sagt, er habe Ruchenberg wiederholt gebeten, vorsichtig zu sein, allein es habe nichts gefruchtet. Schwere Vorwürfe treffen auch die Fabrik. Die Opladener Fabrik hätte, mit der Gefahr vertraut, kundige Männer schicken müssen. Solche Arbeiter giebt man nicht in Akford an Rheinarbeiter aus Porz. Hoffen wir, daß weitere Unglücksfälle nicht vorkommen.

**Akkordarbeit — Mordarbeit!** Eindringlicher, als in diesem furchtbaren Vorfall hat sich wohl selten die Wahrheit dieses von den Organen des Kapitalismus bespöttehten Sprichwortes bekundet. Um einen möglichst hohen Profit zu erzielen, läßt man die gefährlichste Arbeit der Welt mit Hurrah und Hissa verrichten, die Folge ist die Verreckung einer Anzahl blühender Menschenleben. Ueber Leichen geht der Weg des Kapitalismus!

Den letzten Nachrichten zufolge beträgt nach amtlicher Feststellung die Zahl der bei der Dynamitexplosion in Reken Getödteten 13, die der Verwundeten 4. Eines der beiden gesunkenen Schiffe war bereits völlig mit über 1000 Risten Dynamit beladen, das andere noch leer. Die Beseitigung des gesunkenen Dynamits erscheint dringend erforderlich, da Gefahr vorliegt, daß es bei dem starken Wellengange fortgetrieben und den Schiffen gefährlich werde. Gestern begann die gerichtliche Feststellung des Tatbestandes. Die Verladung ist vorläufig eingestellt. Ungefähr die Hälfte des ganzen Dynamits ist bereits verladen.

**Unter den Opfern der Explosion bei Reken** befinden sich fünf deutsche Arbeiter. Sechs Leichen sind noch nicht aufgefunden.

**Unterhalb Oben** ist am Mittwoch der im vorigen Jahre errichtete Oderdamm infolge des Eisganges gebrochen; die Feldmarken wurden dadurch weithin unter Wasser gesetzt. Die große Klotter'sche Ziegelei erscheint gefährdet.

**Umsturz an der Londoner Börse.** Ein Wolff'sches Telegramm berichtet: In der Throgmorton Street fanden gestern und vorgestern Konflikte zwischen der Polizei und Börsenbesuchern statt. Die Polizeibehörden haben allerdings den auf der Straße nach Schluß des offiziellen Verkehrs stattfindenden Börsenverkehr nicht verboten; da aber am Dienstag Abend das Gedränge in der Throgmorton Street ungewöhnlich stark war, wies die Polizei einen oder zwei der Privatmänner vom Trottoir. Als sie lärmend gegen die Einmischung der Polizei Einspruch erhoben, wurden vier Värmacher festgenommen und zum Polizeibureau gebracht. Eine johlende Menge folgte den Festgenommenen. Zwei Börsenbesucher wurden gestern Vormittag wegen ungebührlichen Betragens zu Geldstrafen verurtheilt. Der Vorfall veranlaßte große Ansammlungen von Publikum. Große Mengen, darunter viele Rowdies, sammelten sich auch gestern Nachmittag in der Throgmorton Street an, durch ein starkes Polizei-Aufgebot wurde jedoch eine Störung des Privatbörsenverkehrs verhindert. — Wäre der Fall in der Hauptstadt des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitte passirt, so gäbe es vielleicht ein Spezial-Umsturzgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen revolutionärer Börsenjobber. In England steht man derartige Dinge bekanntlich ganz polizeiwidrig lässig an. Dafür ist England aber auch das Land, wo sich die Regierung mit Recht am wenigsten in ihrem Bestand bedroht fühlt.

**In Athen** wurde Dienstag Abend ein ziemlich starker Erdstoß wahrgenommen.

**Zum Untergang der Reina Regente,** bei dem 599 Personen ums Leben gekommen sind, liegt aus Madrid folgende Nachricht vor: Die Regierung stellt in Abrede, daß ihr Nachrichten über den Kreuzer „Reina Regente“ vorliegen; jedoch wird amtlich bestätigt, daß an der Küste bei Estepona (Provinz Malaga) die Trümmer eines Bootes der „Reina Regente“ gefunden worden sind.

**Kantastische Räuberromantik.** Aus Tiflis wird vom Donnerstag berichtet: Eine Räuberbande plünderte eine Fabriksfabrik bei der Eisenbahnstation Udshara, tödtete einen Wächter und verwundete einen anderen. Darauf beschossen die Räuber zwei auf der Eisenbahnstation haltende Züge, verwundeten aber niemand. Die Räuber sind transkaukasische Tataren und gehörten zu der im vergangenen Jahre zerprengten Bande des Talys und Kasfali. Nach dem gemeldeten Ueberfalle auf Udshara wurden die Räuber von der Polizei und Kosaken verfolgt und bei dem Orte Dshewat eingeholt. Es kam zu einem Gefecht, bei welchem fünf Räuber, darunter die beiden genannten Hauptlinge, getödtet wurden. Zwei Kosaken fielen, vier wurden verwundet; zum Schutze der Eisenbahn sind Wachen an den Stellen organisiert worden, welche von den Räubern bedroht werden.

#### Eingelassene Druckschriften.

**Der Sozialdemokrat,** Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Weidestraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungspediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Zeitungspediteure pro Quartal 1,20 M. Kreuzband 1,50 M.  
Die Nr. 12 vom 21. März hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Eine der Gezeiten der Nation. — Die Volkspartei in den Vereinigten Staaten. — Von der geistigen Welt. — Politische Neuigkeiten. — Parteimachtigkeiten. — Was man uns behauptet. — Todesthede. — Literarisches.  
Aus dem Reichstage. — Zur Diskussion über das Genossenschaftswesen. — Die Umsturzvorlage. — Die Lage der handwerklichen Arbeiter im Kreise Schmalldalen. — Bauernjuden. — Gewerkschaftliches. — Sozialistisches. — Vermischtes.  
Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Metz's Verlag) ist soeben das 25. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Woche der Vögel. — Naturwissenschaftliche Nationalökonomie. Von Dr. Bernheim. — Der Umsturz des Straßens. Juristische Stoffen zur Literaturvorlage. Von Advoctus (Schub.). — Ein Kapitel aus einer Wildschilde für Arbeiter. Von Leopold Jacoby (Schub.). — Ratten: Eine wichtige Entdeckung auf dem Gebiete der Agrarökonomie. — Beulstetion: Aus dem dunklen Erdhügel. Eine Satire.

#### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffe (Brief Wuchsen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

**777.** Die städtische Fachschule für Tischler ist Krautstraße 49.

**Wesfel.** Darüber ist noch nichts bestimmt. St.-Glan. Melden Sie sich an dem Tage, wo Sie den Reichstag besuchen wollen, beim dortigen Bureau.

**S. T. 100.** Wenden Sie sich an die Behörde, die Ihnen die Zustellung zugesichert hat.

**H. D. 19.** Um welche Neuen handelt es sich? — Thie v. arzt. Sie können sich nicht an die Herrschaft halten. — Chitt.

S. 3. 66., M. N. 13., C. G. 3., M. N. 01. Kommen Sie in unsere Sprechstunde. — N. N. M. Ist Strafantrag gestellt? — S. G. 100. Der Vertrag wird dadurch nicht aufgehoben. — Köpenick 45 M. Von Erpressung ist keine Rede. Höchstens würde der Betreffende, sofern er Schaden gehabt hat, diesen von Ihnen einklagen können. — M. 100. Die Fragen sind nicht verständlich. — N. V. 45. Was verstehen Sie unter „Rechtschuh“? — N. C. 52. Zu 1: Nein. Zu 2: Ja. — Wette 200. Fragen, wie man sich von Alimentenzahlung befreien kann, beantworten wir niemals. — Schwarzw. 4. Abends zwischen 7 1/2 und 8 1/2 Uhr, nicht Donnerstag. — S. G. 24. Klagen Sie auf Schadenersatz. — N. S. 34. Haben Sie die Sachen für Ihr Geschäft gebraucht?

— M. B. 99. Gehen Sie des Vormittags in die Invalidentätensanstalt, Klosterstr. 41. — Hermann Schmidt, Ja. — J. C. Es kommt ganz darauf an, ob Sie dem betreffenden ein Verschulden nachweisen können. — Breslau 1000. Wir raten Ihnen, sofort vorzugehen. — Bratag. Beim Magistrat. — P. C. Ja. — G. S. Zu 1. Ja. Zu 2. Erheben Sie Interventionsklage, wenn die Sachen wirklich Ihr Eigentum sind. — J. Bl. 56. Zu 1. Das Gesetz ist noch nicht in Kraft getreten. — J. 2. Geldstrafe. — C. F. 13. Es ist nur ein Abzug vom Lohn seitens Ihres Meisters möglich und auch dies nur, sofern Sie ein Verschulden trifft. — D. S. 100. Ihre Braut bedarf der Einwilligung des Vaters. Sie bedürfen beider Sterbeurkunden, die Sie auf dem Standesamt erhalten.

— S. D., Berlin W. Sie brauchen keine Einwilligung des Vormundes. — 39. Sie können überall da, wo er sich aufhält, gegen ihn klagen. — E. S. Sie müssen die Kosten tragen. — Altsenau. Ein Widerspruch ist ausgeschlossen. — Friedrichshagen 31. Wann hatten Sie Miethe zu zahlen? — J. L. N. Zu 1: Darin kann eine Beleidigung liegen. Zu 2: Drei Monate. Zu 3: Der Schiedsmann entscheidet nicht. Thudneida Herzog. Wenn Sie unterschrieben haben, ist der Vertrag gültig. — A. T., Panitzsch. Darauf hat das neue Gesetz keinen Einfluss. — J. B. Nur die notwendigen Sachen unterliegen der Pfändung nicht. — C. G. Zu 1. Ja. Zu 2. Bringen Sie dies im Termin vor. Zu 3. Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr, die sofort zu verbüßen ist. — J. S. Vermuthlich nein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

**Theater.**  
Freitag, den 22. März.  
Opernhaus. IX. Symphonie-Abend der Königl. Kapelle.  
Schauspielhaus. Geschlossen.  
Deutsches Theater. Blau. Dann: Drogen.  
Festung-Theater. Der Geizige. Hierauf: Niobe.  
Berliner Theater. Heimath.  
Academy-Theater. Fernand's Ehekontrakt.  
Neues Theater. Der seltsame Coupinel. Vorher: Unsere Nachfische.  
Schiller-Theater. Die Journalisten.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Obersteiger.  
Theater Unter den Linden. Der Probestab.  
Central-Theater. Unsere Rentiers.  
Adolph Ernst-Theater. Keine Vorstellung.  
Salle Alliance-Theater. Verlebte Mädchen.  
Alexandrerplatz-Theater. Nathan der Weise.  
Deutsches Volks-Theater. Eröffnung: Sonnabend, 4. Mai.  
National-Theater. Die lebende Bräute.  
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Freitag, 22. März, abends 8 Uhr: Die Journalisten.  
Sonnabend, 23. März, nachmittags 3 Uhr: Gracius, der Volkstribun. — Abends 8 Uhr: Die Journalisten.  
Sonntag, 24. März, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen. — Abends 8 Uhr: Die Journalisten.

**National-Theater.**  
Große Franzfurterstraße 192.  
Direktion: Max Samst.  
Sensationelle Novität!  
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder  
Die lebende Brücke.  
Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, überf. von S. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedesche. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Lakowsky. Regie: Max Samst.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater**  
Wegen Vorbereitung: Keine Vorstellung.  
Sonnabend, den 23. März: Zum ersten Male:  
**Madame Suzette.**  
Baudiville in 3 Akten von Debonneau. Musik von Edmond Audran. (Novität)  
Der Gillet-Vorverkauf findet von heute Vorm. 10 Uhr ab an der Theaterkasse statt.

**Passage-Panopticum.**  
27  
**Gitanos**  
(andalusische Sänger, Tänzer u. Tänzerinnen)  
Vorstellung um 4, 5, 6, 7, 8 u. 9 Uhr.

**Castan's Panoptikum.**  
Noch nie dagewesen!  
Die Riesen des dunkeln Erdtheils:  
**Die Dinka,**  
40 Männer, Frauen u. Kinder. Das schockige Mädchen Mariotta.  
„Präsident Faure“.

**Central-Theater**  
Alte Jakobstraße Nr. 30.  
Emil Thomas a. G.  
Novität! Zum 35. Male: Novität!  
**Unsere Rentiers.**  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.  
Musik von Julius Einödshofer.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz. Anfang 1/8 Uhr.  
Sonntag, den 24. März 1895, nachm. 2 1/2 Uhr:  
**Wohltätigkeits-Vorstellung.**  
Emil Thomas. Oskar Blenke.  
**Die Leibrente.**  
Schwank in 5 Akten von G. v. Moser. Willers zu dieser Vorstellung sind von heute ab an der Kasse des Central-Theaters zu haben.

**Urania**  
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Parodie-Theater**  
Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.).  
**Die Weber.**  
Vorher:  
**Madame Sans-Gêne.**  
Zum Schluss:  
**Heimath.**  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

**Unter den Linden 21.**  
Einzig in seiner Art.  
Heute zum 193. Male.  
Täglich abends 1/8 Uhr.  
Oriental.  
**Magie.**  
Preis: 3, 2 und 1 M. Sitzplatz.  
Jeden Sonntag Nachmittag 4 Uhr: Familien-Vorstellung zu halben Preisen.

**Bock-Brauerei**  
Tempelhofer Berg.  
**57. Bock-Saison.**  
Täglich:  
**Militär-Konzert.**  
Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

**Feen-Palast**  
Furgstr. 22, neben der Börse.  
Zum 1. Mal in Berlin.  
**Clown Petroff**  
und seine originell dressirten Esel, Schweine, Perkel, Katzen, Hunde, Hühner u. s. w.  
**Blondin junior.**  
Der beste Tanzkünstler d. Gegenwart.  
**Mr. Albino.**  
????? Das Räthsel. ?????  
**Wilhelm Fröbel**  
mit einer ganzen Wagonladung neuer zündender Coupletts.  
**!! Grosses Programm !!**  
Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonntags 6 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 1 Stde. vorher.

**Theater in Rixdorf.**  
Victoria-Säle, Hermannstraße.  
Montag, den 23. März 1895:  
Volksvorstellung:  
**Wilhelm Tell,**  
Schauspiel in 5 Akten v. Friedrich Schiller. Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Vorverkauf 40 Pf. für alle Plätze. Kasseneröffnung 50 Pf.  
In Vorbereitung: Laffaline, soziales Drama. 1816

Ihrem Kollegen  
**Hermann Laube**  
zu seinem 25jährigen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.  
123b  
Die Kollegen von Töpfer u. Schädell von A-Z.

**Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler**  
(Verwaltung Berlin H.)  
Am Dienstag, den 19. März, starb unser Mitglied, der Tischler  
**Hermann Engel**  
im Alter von 30 Jahren an der Influenza. 237/14  
Die Beerdigung findet Freitag, den 22. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.  
Um zahlreiche Theilnahme bittet  
**Die Ortsverwaltung.**

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine Frau am Mittwoch, den 20. März, verstorben ist.  
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 24. d. M., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der Charité aus.  
Der trauernde Gatte  
**Robert Goddard.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die meinem lieben Manne, unserem guten Vater durch Kranzpenden und Theilnahme an Begräbnisse die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir unseren innigsten Dank.  
135b  
**Wwe. Thech,**  
**Otto Thech und Frau.**

Hiermit der freien Vereinigung der Zeitungs-Spediteure und Verkäufer, sowie allen Freunden und Bekannten, die meinem lieben Mann und guten Vater die letzte Ehre erwiesen haben, meinen herzlichsten Dank.  
133b  
**Elise Roid.**

**Danksagung.**  
Für die überaus zahlreiche Theilnahme an dem Leichenbegängniß meines Mannes, des Zimmerers 123b  
**Friedrich Köhler**  
spreche ich allen, insbesondere seinen Kameraden, meinen herzlichen Dank aus.  
Die trauernde Wittve Emilie Köhler.

**Kaufmann's Variété.**  
Der größte Lach-Erfolg dieser Saison!  
Gastspiel von Emil Naucke  
**Die Kneipgenies**  
Ballett  
mit Gesang und Tanz von  
Emil Naucke & A. Fränkel  
Musik von D. Blume.  
Naucke als Tyroler!  
Naucke als Cascadeur!  
Naucke als fliegender Mensch!  
Naucke als Komiker.

**Cirque Variété**  
(früher Circus G. Schumann).  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Gr. Elite-Vorstellung.**  
Sensationeller Erfolg.  
Neues Programm.  
Mittwochs, Sonnabends u. Sonntags: 2 Vorstellungen.

**Volks-Stenographie, praktischstes,** von jedem Volksschüler erlernbares System; das ganze System hat dreimal weniger Regeln als Stenogramm für t. Vollige Ausbildung 5, Lehrbuch 0,50 M. **Scheithauer,** 21b Simeonstr. 14.

**Für 5 Mark**  
monatl. ertheilt Klavier- oder Violin-Unterricht ein bei Prof. Kullack ausgebildeter Lehrer. 1306  
Joffenerstr. 41, u. 3 Tr. rechts.

**Freie Wurst!**  
Heute, Freitag, zum Frühstück: Weißfleisch, ff. Blut- und Leberwurst, wozu freundlichst einladet **Gustav Tempel,** St. Franzstr. 16, Hof (gegenüber dem National-Theater).

**Achtung! 4. Wahlkreis! Achtung!**

Freitag, den 22. März, abends 8 Uhr,  
im Concerthause „Sanssouci“, Cottbuserstr. 4a;  
**Öffentliche Partei-Versammlung**  
Tages-Ordnung: 231/1  
1. Berichterstattung der Fünfzehner-Kommission: Zeitungsfrage betreffend. 2. Diskussion.

**Parteigenossen!**  
Nachdem Umstände halber die gestrige Versammlung nicht stattfinden konnte, ist es der Kommission leider nicht möglich gewesen, ein im Zentrum des Kreises liegendes Lokal zu bekommen; es werden daher die Parteigenossen ersucht, den Verhältnissen entsprechend Rechnung zu tragen und möglichst zahlreich zu erscheinen. Die Fünfzehner-Kommission.

**Achtung! Maurer und Puher. Achtung!**

Sonntag, den 24. März, vormittags 10 Uhr,  
im Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:  
Große öffentliche  
**Versammlung aller Maurer und Puher,**  
welche der Meinung sind, daß die Berliner Kollegen auf dem vom 16. bis 18. April in Halberstadt stattfindenden Maurerkongress vertreten sind.  
Tages-Ordnung: 1. Wahl der Kongressdelegierten. 2. Gewerkschaftliches. Die Vertrauensmänner der Maurer. A. Vogel, C. Panzer.

189/8  
NB. Kollegen! Die vorangegangenen drei öffentlichen Maurer-Versammlungen mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum 9. deutschen Maurerkongress eventuell Wahl der Delegierten zu demselben, haben bewiesen, daß eine große Mehrzahl der Berliner Kollegen für die Besichtigung des Kongresses sind. Dieselben haben aber auch ausgesprochenemassen gezeigt, daß eine Wahl in einer öffentlichen Versammlung in Form der drei vorangegangenen unmöglich, da die Kollegen der lokalen Richtung gewillt sind, jede weitere Versammlung mit derselben Tagesordnung zu sprengen, oder wie die letzte durch Zutritt zur polizeilichen Auflösung zu bringen. Somit können wir nur auf diesem Wege dem Kongress und den Berufsgenossen Berlins, welche gewillt sind, durch Besichtigung desselben unsere überaus traurige Lage gemeinschaftlich mit den deutschen Maurern zu besprechen und nöthigenfalls bessere Waffen zur Bekämpfung des Kapitals zu schmieden, Rechnung tragen. D. O.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**

Sonntag, den 24. März, vorm. 10 1/2 Uhr:  
**Beschließende Versammlung**  
im „Feen-Palast“, Ede Burg- u. Wolfgangstraße.

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zum 1. Mai.  
2. Beschlußfassung über ein abzuhaltendes Sommerfest.  
3. Die Reorganisation der Bibliothek-Kommission.  
4. Die gegenwärtigen Streiks.  
5. An den Vorstand gelangte Anträge.  
Zur Beachtung! Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß die Kontrolleure streng darauf angewiesen sind, Kollegen ohne Mitgliedskarte keinen Zutritt zu gewähren; die Berufung auf bekannte Persönlichkeiten kann nicht berücksichtigt werden. 193/19  
Die Versammlung wird präzise 1/11 Uhr eröffnet.  
Wir bitten daher um zahlreiches und rechtzeitiges Erscheinen.  
Der Vorstand.

**Charlottenburg.**  
**Gr. öffentliche Versammlung**

**sämmtlicher Gewerkschaften**  
Sonntag, den 24. März 1895, mittags 2 Uhr,  
in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstr. 39.  
Tages-Ordnung: 1. Die Gewerkschaftsbewegung, ihr Zweck, Ziel und Nutzen. Referent: Reichstags-Abgeordneter v. Elm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 259/13  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Die Kommission.**

**Tuchstoffreste**  
zu Knabenanzügen, Gelegenheitslauf, spottb., Herrenhofenreste, 5 W., feinste Waare. Engel, Müngstr. 4.

**Zigaretten-Geschäft** veräußlich, Gerlichstr. 19 von 8-9 1/2.  
**Kalbsteisch,** 50 Pf. tägl. Auguststr. 50a.

Portemonnaie gef. Lehmann, Friesenstr. 11. 134b  
40 Quadrat-Ruthen Land sind z. verpachten b. Kirch, Strikerstr. 11, R. 123b

**Böttcherwerkzeug** verk. billig Preuß, Stralauerstr. 58, 3 Tr.

**Englischer Genosse** wünscht Logis für drei Monate in Berlin. Off. unter „Clarion“ Exp. d. Bl.

**Arbeitsanzüge** W. Pahr, Brunnenstr. 112.

**Billig kräftige Speisen** Bergstr. 74a.  
Ein gutgeh. Materialwaaren-Geschäft mit Porzellan, Milch u. Backwaare, viel Schnaps- und Bierverkauf, ist Familienverhältnisse halber billig zu verkaufen. Näheres beim Restaurateur Beyer, Charlottenburg, Wallstr. 96.  
Fühlstr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 2648b

Vord., Gart., Hofwohn. 7-36 M. monatl. Hennigsdorferstr. 26.  
**Nollendorferstr. 20, Hofw., IV. 240 R.**



# Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. März, nachmittags 2 1/2 Uhr,  
(National-Theater):

## Der Pelikan.

Schauspiel in 5 Akten von Emile Augier.

Mitwirkende: Hans Fricke, Richard Marx, Max Böhmfeld, Julius Bessels; Theresie Sandgraf, Helene v. Nienzi, Penny Schmidt.  
Die nächste Vorstellung für die VI. Abtheilung findet am 31. März im Lessing-Theater statt.

Sonnabend, den 30. März, abends 9 Uhr,  
in den Festsälen von Louis Keller, Koppenstraße Nr. 29:

## Großes Fest.

### Programm.

I. Theil:  
1. Ouverture zur Oper „Die Zigeunerin“, Musikstück. 2. Prolog von Franz Mehring, gesprochen von Fr. Helene v. Nienzi. 3. Erinnerung an R. Wagner's „Lahnhäuser“, Musikstück. 4. Gruß des Pagen aus der Oper „Die Hugenotten“, gesungen von Fr. Annie Hindermann. 5. Das taube Mütterlein, Der Wanderer (Bariton-Solo). 6. Phantasié aus der Oper „Ernani“, Musikstück.

II. Theil:  
1. Traumbilderphantasié, Musikstück. 2. „Bineta“ u. „Güttelein“, Chor- und Solofang, vorgetragen von der Typographia. 3. Konzert von Mendelssohn, Geigen Solo, vorgetragen von Herrn Borisch. 4. „Die Frühlingszeit“, „Der Abschied“, Lieder, vorgetragen von Fr. Annie Hindermann. 5. „Der Dampf“, „Die heilige Allianz der Völker“, Gedichte, vorgetragen von Herrn Paul Rollet. 6. Geschichten aus dem Wiener Wald, Musikstück.

Die Musikstücke werden ausgeführt von der aus 40 Mitgliedern bestehenden Kapelle des Berliner Konzert-Orchesters.

### Nach dem Konzert: Tanz.

Im oberen Saale von Beginn des Festes an: **Tanz.**  
Billets à 50 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen zu haben.  
Es werden für sämtliche Räume 2500 Billets ausgegeben.

### Der Vorstand der Freien Volksbühne.

300/13

S. M.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

## Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein für Cöpenick und Umgegend.

Sonnabend, d. 23. März, im gr. Saale d. Herrn Klein (Stadttheater)

Zur Feier des 18. März

## Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert.

Theater, komische Vorträge und Tanz.  
Unter gütiger Mitwirkung der Arbeiter-Gesangsvereine „Morgenroth“, „Neimathklänge“ und „Glücksarbeiter Cöpenicks“  
(Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes).

Zur Aufführung gelangt:

„Der Bagabond oder Eine Agitationstour.“

Soziales Lebensbild in einem Akt von Rich. Heise.

Passeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Entrée inkl. Tanz für Herren 30 Pf., Damen 20 Pf.

Schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt. Das Komitee.

## Elysium, Landsberger Allee 40.

Sonnabend, den 23. März 1895:

## Lieder-Abend

des Gesangsvereins „Freie Liedertafel“

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes)

unter Leitung seines Dirigenten Herrn Musiklehrer Pleil.

Zu gunsten der Arbeiter-Bildungsschule.

### Konzert-Musik

ausgeführt von der Freien Vereinigung der Civil-Personenmischer.

### Nach dem Konzert: Großer Ball.

Anfang 8 Uhr. Billets 25 Pf.

Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Um zahlreichen Besuch bittet Das Comité.

## Achtung! Former. Achtung!

Zentral-Verband deutscher Former.

Sonntag, den 24. März, abends 5 1/2 Uhr, in Reichert's Festsälen,

Müllerstraße 7:

### Versammlung mit Frauen.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Hoffmann.

Nach dem Vortrag: Gemüthl. Beisammensein mit Tanz.

Gäste willkommen. 121/7 Der Vorstand.

## Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren

billigsten Preisen in reichster Auswahl die Fabrik Frucht-Strasse 25, part.

## 14. Brunnenstr. 14.

### Billigste Bezugsquelle

für Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaaren

im Spezial-Geschäft

Lust & Co.

14. Brunnenstr. 14.

Berlin N.

## Die Margarine-Grosshandlung von L. Freund,

Berlin N., Fenn-Strasse 16, liefert von 5 Pfund an frei Haus:

Feine Sahnen-Margarine per Pfd. 60 Pf.

Allerfeinste do. 65 Pf.

## Künstl. Zähne

3 M. Vollst. schmerz. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep. sof. Theilz Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 23. Spr. 8-7 Uhr.

## Orts-Artenkaffe der Dachdecker Berlins.

Am Sonntag, den 24. März, vormittags 10 1/2 Uhr, findet eine

ordentliche

### Generalversammlung

im Saale des Herrn Feind, Weinstr. 11, statt, zu welcher die Mitglieder hierzu eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Wahl von Vertretern und deren Erfahrmänner zur Invaliditäts- u. Altersversorgung.
2. Jahresbericht des Rechnungsprüfungs-Ausschusses für das Jahr 1894 und Entlastung des Reudanten.
3. Erziehung eines Vorstandsmitgl.
4. Ermäßigung der Gehälter des Reudanten und der Krankenbesucher, sowie Verminderung der letzteren.
5. Verschiedenes.

1295 Der Vorstand.

Gustav Hohdorf.

## Die Hilfe,

christlich-soziales Wochenblatt

Herausgegeben von

Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M.

sucht an allen Orten Agenten.

Preis vierteljährlich 50 Pf.

durch Agenten; 1 M. durch die Post.

Probennummern gratis.

bei der Expedition, Frankfurt a. M.,

Obermainstr. 2 zu verlangen. 47/27

## Belegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamteten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Kuchenspinden 30, Stühle 3 M., hochseine Muschelspindeln 40, Tischgarnituren 60 M., Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 M., Garderobenspinden, Paneele, Sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Coulisentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den stammend billigen Preisen zu überzeugen. Gefaunte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Täglich, auch Sonntags Vorm. von

7-9 Uhr:

### Verkauf von gefohtem

Rind- u. Schweinefleisch

à 30—40 Pf. per Pfd.

Rückenfell à 45 Pf. per Pfd.

Verwaltung der Kochanstalt

Central-Viehhof.

## Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Lager in Formen, Bockfagons.

Heinrich Franck,

Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Geschäft m. Rolle, Wehl-

u. Borfost wegen Todes-

fall. Ausl. Denicke, Graubenzgerstr. 14.

## Sophastoffe

in Rips, Damast, Crèpe,

Phantasié, Gobelin und

Plüsch spottbillig!

Proben franko!

in allen Qualitäten zu

Fabrikpreisen.

Läuferstoffe Berlin S.,

Emil Lefèvre, Oranienstraße

158.

## Möbel-

Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Für Brautleute ganze Einrichtungen

von 200—1000 M. Theilzahlung ge-

statet. Elegante Kuchenspinden u. Rahm-

kleiderspinden und Bettstellen 30 M.,

einfache 15 M., Sophas, Bettstellen

mit Matratzen 20 M., Waschtoiletten,

Küchenspinden, Kommoden 12 M.,

Stühle 3 M., Sophasische 6 M.,

Säulen-Trumeaus 65 M., Tisch-

garnituren 60 u. 100 M., Muschelspinden

40 M., Paneele 80 M., Buffets,

Schreibtische, Herren-Schreibtische,

Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau,

Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu

halben Preisen und sollte es niemand

verkümmern, der gut und reell kaufen

will, mein großes Lager zu besichtigen.

Gefaute Möbel werden bis 1. April

kostenfrei aufbewahrt, transportiert

und aufgestellt. 16842

Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

## Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Zahlstelle Berlin.

### Bezirks-Versammlungen.

Osten: Sonntag, den 24. März 1895, vormittags 10 Uhr,

im Lokale des Herrn Nieft, Weber-Strasse Nr. 17.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schöpflin. 2. Diskussion.

Zu dieser Versammlung ist die Werkstelle Dobowsky, Blumenstr. 38, eingeladen.

Norden: Sonntag, den 24. März 1895, vormittags 10 Uhr,

im „Holzberger Salon“, Holzberger Straße Nr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Referent: Kollege Bernh. Bruns. 2. Wahl von Werkstatt-Kontrollkommissions-

Mitgliedern. — Zu der Versammlung sind eingeladen die Kollegen der Werk-

stellen von Voss, Schulzendorferstr. 26; Lehmann, Straßburgerstr. 7; Haack,

Müllerstr. 39. Die Parquetbodenleger vom Norden werden gebeten, sich

tege an der Bezirks-Versammlung zu betheiligen.

Moabit: Sonntag, den 24. März 1895, vormittags 10 1/2 Uhr,

im Lokale des Herrn Lange, Stromstraße Nr. 28.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Neumann über: Vom Schlachtfelde der Industrie.

2. Diskussion.

Westen und Südwesten:

Sonntag, 24. März, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Zubeil, Lindenstr. 106.

Tages-Ordnung:

1. Reorganisation des Vertrauensmänner-Systems. 2. Verbands-

angelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

208/12 Die Ortsverwaltung.

## Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 23. März, abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlung für den Norden

bei Witzel, Adlerstraße Nr. 145.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegen-

heiten. Die Kollegen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

204/14 Der Vorstand.

## Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 24. März, vormittags 10 1/2 Uhr,

in Gründel's Lokal, Brunnenstr. 188, am Rosenthaler Thor:

Grosse öffentliche

### Versammlung der Bauarbeiter Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Bauarbeiter zur Lohnzahlung am Freitag?

2. Wahl der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission. 3. Berichterstattung

der Gewerbegerichts-Beisitzer. 4. Anträge aus der Mitte der Versammlung.

Diskussion zu allen Punkten der Tagesordnung.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchen die Gewerbegerichts-

Beisitzer Gassmann, Schröder, Kersten, Marasas.

## Möbel-Magazin

C. Wildberger, Lübeckerstr. 31 (Moabit).

Große Auswahl in eleganten und einfachen Möbeln.

Preise äußerst billig bei nur solider Ausführung.

### Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf

an Sommer-Paletots, Anzügen,

Köden, Jaquets, Hosen, Westen,

Hüten, Stiefeln etc., seiner Bekleid-

ung, Wäsche, Wascheisen, Koffer, Schirme

billig und gut kaufen will, empfehle

mein reichhaltiges Lager in alt u. neu.

A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-

Händler,

127 Skalitzerstraße 127.

Gefellungen nach Maß werden

gut und billig ausgeführt.

Bitte sehr, recht genau auf Namen

und Hausnummer zu achten.

Achtung!

Zahnerjan, auch Theilzahl., wöchentl.

1 Mark, Guckel, Lauscher Platz 2,

Gräffstr. 12.

Ansbau-Möbel.

Verkaufe sof. vollständige Wohn- und

Schlafzimmer-Einricht. spottbill., auch

einzelne, sowie Regulator, Teppiche,

Bilder, Steppdecken, Tischgarnituren

(Brautleuten empfehlendwerth). Land-

wehrstraße 5/6.

### Bruchbandagen

aller Art (eigenes Fabrikat), sowie

sämtliche Artikel zur Kranken-

pflege empfohlen

J. Ch. Pollmann, Linien-

straße 30.

Lieferant für Oris- u. Hilfs-Krankenk.

J. Sturm, Münzstrasse 5,

Bonbon, Marzipan, Confituren.

Bei Erhalt. Husten etc. mache man

einen Versuch m. Sturm's Pectoral-

Bonbon, per Packet 20 Pf.

Briefmarken, einzelne, wie ganze

Sammlungen,

läuft Kaim, Friedrichstr. 236.

Anerkannt am billigsten und besten

werden Ihren repariert bei

28635 Kluge, Bergstr. 6.

### Unfall-Prozesse

Bureau: Lübowstr. 102, 1 Tr.

Kinderwagen beschafft Fabrik-

angestellter

Privatleuten zu Engrospreisen. Näheres

Linienstraße 16, 1 Tr.

Milchgeschäfts- Utensilien und

Molkereigeräthe,

Jordan, Kleine Marktstr. 28.

Trinkt



In allen Kolonialwaarenhandlungen. Packet 200 Gr., 35 Tassen 10 Pf.

**Volks-Kaffee**

## Arbeitsmarkt.

### Möbelpolierer!

Wegen Differenzen ist der Zugang

von Polirern bei Perle, in Firma

Rüdowstr. 57, haben die Arbeit

eingestellt wegen fortgesetzter

Lohnabzüge. 201/20

Die Kommission.

## Achtung Tischler!

Die Kollegen der Werkstatt Weiss,

Bilowstr. 57, haben die Arbeit

eingestellt wegen fortgesetzter

Lohnabzüge.

Zugang fernhalten!

Die Ortsverwaltung

des deutschen Holzarbeiter-Vereins

### Goldleisten-Fabrikation.

Gesucht für auswärts auf dauernde

Beschäftigung und gegen guten Lohn

ein tüchtiger 1146

### Vergolder.

Prima-zeugnisse erforderlich. Offerten

erbeten unter B. 37 nach Spenerstr. 26,

Berlin.